

02. 02. 84

WI - Fz

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (42) — 600 01 — Ja 15/84

Bonn, den 1. Februar 1984

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung.

Dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages habe ich den Bericht gleichzeitig zugeleitet.

Federführend ist der Bundesminister für Wirtschaft.

Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung**Inhaltsverzeichnis****Ziffern**

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1984	1 bis 10
I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage	1 bis 5
II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte	6 bis 10
B. Soziale Marktwirtschaft für die achtziger Jahre	11 bis 50
I. Politik für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität	11 bis 29
1. Mehr Markt	11 bis 17
Neubesinnung auf marktwirtschaftliche Grundsätze	12
Freisetzung neuer Investitionsdynamik	13
Einkommenspolitische Vernunft	14
Marktwirtschaftliche Strukturpolitik	15
Günstiges Forschungsklima	16
Für offene Weltmärkte	17
2. Handlungsschwerpunkte 1984	18 bis 29
Solide Haushaltspolitik	19
Leistungs- und investitionsfördernde Steuerpolitik	20
Privatisierung öffentlicher Beteiligungen und Dienstleistungen	21
Abbau bürokratischer Hemmnisse	22
Mehr Risikokapital	23
Weiterer Ausbau der Vermögensbildung	24
Geldpolitik für inflationsfreies Wachstum	25 bis 26
Beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik	27 bis 28
Mehr Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf	29

	Ziffern
II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik	30 bis 38
Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik	31 bis 38
Internationale Währungspolitik	33
Außenwirtschaftspolitik	34 bis 38
III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik	39 bis 50
Wettbewerbspolitik	40
Mittelstandspolitik	41
Forschungs- und Technologiepolitik	42
Ausbau der technischen Kommunikation	43
Stahlpolitik	44
Energiepolitik	45
Umweltpolitik	46
Regionale Strukturpolitik	47
Wirtschaftsförderung Berlin	48
Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen	49
Strukturberichterstattung	50

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1983 sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung	1 bis 7
B. Jahresprojektion 1984	8 bis 18

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1984 vor.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1984 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a der Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 24. November 1983 sein zwanzigstes Jahresgutachten (JG) vorgelegt. Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine umfangreiche Analyse der Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahr und der Aussichten für 1984 ebenso wie für seine Aussagen zu zentralen Fragen der Wirtschaftspolitik. Sie nimmt zum Jahresgutachten diesmal im gesamten Bericht jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen gewerblichen Wirtschaft sowie mit den Ländern und Gemeinden im Konjunkturrat für die öffentliche Hand erörtert.

A. Ausgangslage und wirtschaftliche Perspektiven für 1984

I. Wirtschaftspolitische Ausgangslage

1. 1983 war das Jahr des wirtschaftlichen Umschwungs. Bei dem Regierungswechsel im Herbst 1982 stand die Bundesregierung angesichts der gravierenden Fehlentwicklungen und der sich zusehends verstärkenden Vertrauenskrise in der Bundesrepublik Deutschland vor der Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Die ungelösten Probleme — vor allem die zu starke und in ihrer Qualität sehr fragwürdige Ausdehnung der staatlichen Aktivitäten, die beträchtlich gesteigerte Abgabenbelastung der Unternehmen und Arbeitnehmer, die besorgniserregende Höhe der vom Staat Jahr für Jahr neu aufgenommenen Schulden und die dadurch bedingte Vorbelastung künftiger finanzpolitischer Möglichkeiten — führten dazu, daß sich bei Unternehmen und Verbrauchern mehr und mehr Unsicherheit und Pessimismus breit machten. Die Wirtschaft, die bereits seit Frühjahr 1980 stagniert hatte, glitt 1982 in eine gefährliche Rezession ab. Die Zahl der Insolvenzen erhöhte sich beträchtlich. Die Beschäftigungsmöglichkeiten verschlechterten sich. Die Arbeitslosigkeit stieg in einem noch nie in der Bundesrepublik Deutschland verzeichneten Ausmaß an.

In dieser Situation kam es für die neue Bundesregierung zunächst darauf an, das geschundene Vertrauen in der Wirtschaft wiederherzustellen, die Talfahrt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Stillstand zu bringen und einen neuen Wachstumsprozeß einzuleiten. Gleichzeitig galt es, die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Weichen so zu stellen, daß die angestrebte konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in einen langanhaltenden Wachstumsprozeß einmünden kann; denn dies ist eine Grundvoraussetzung für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit — das zentrale wirtschaftspolitische Ziel der Bundesregierung in den kommenden Jahren.

2. Die Bundesregierung hat ihr wirtschafts-, finanz- und sozialpolitisches Konzept zur Wiedergewinnung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Stabilität für diese Legislaturperiode im einzelnen bereits im letzten Jahreswirtschaftsbericht dargelegt. Sie hat dabei von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Fehlentwicklungen angesichts der Vielzahl und Schwere der übernommenen Hypothesen nicht kurzfristig zu korrigieren sind, sondern grundlegende Erfolge nur in einem mehrjährigen Prozeß erreicht werden können. In dem Votum der Wähler in der Bundestagswahl vom 6. März 1983 sieht sie auch eine eindrucksvolle Bestätigung für ihr Konzept. Seine Leitgedanken sind

— ordnungspolitische Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, insbe-

sondere verlässliche und widerspruchsfreie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, Stärkung der Leistungs- und Risikobereitschaft, Sicherung des Wettbewerbs und Verringerung bürokratischer Hemmnisse;

- Wiederherstellung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit des Staates, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Rückführung des Staatsanteils, qualitative Verbesserung der Ausgabenstruktur und eine leistungsfreundlichere Besteuerung;
- eine Sozialpolitik, die sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität leiten läßt und die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme dauerhaft gewährleistet; sowie
- intensives Bemühen um europäische und weltwirtschaftliche Konzertierung und Kooperation zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Ausweitung des Welthandels und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

3. Im ersten Jahr ihrer Amtsführung packte die Bundesregierung die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Aufgaben zielstrebig an:

- Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die ein entscheidendes Erfordernis für die Wiederherstellung eines von mehr arbeitsplatzschaffenden Investitionen getragenen nachhaltigen Wachstumsprozesses ist, kam 1983 ein beachtliches Stück voran; dies unterstreicht auch der Sachverständigenrat. Der Nettokreditbedarf des Bundes fiel mit 31½ Mrd. DM sogar um 9½ Mrd. DM geringer aus als im Haushalt veranschlagt worden war und wird im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung konsequent weiter gesenkt. Das Vertrauen in die Solidität der öffentlichen Finanzen nimmt wieder zu.
- Die finanzielle Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wurde gestärkt. Die längerfristige Stabilisierung der Rentenversicherung ist eingeleitet. Der Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung wurde erheblich reduziert. In der Krankenversicherung haben die Konsolidierungs- und Kostendämpfungsmaßnahmen zu einer Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes geführt.
- In der Steuerpolitik wurden wichtige Schritte für eine stärkere Förderung von Investitionen und Innovationen getan. Das gilt sowohl für die Anfang 1983 wirksam gewordenen Steuerentlastungen für Unternehmen und private Bauherren als auch für die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretenen neuen steuerlichen Entlastungsmaßnahmen.

- Nach über dreizehn Jahren Stillstand in der Vermögenspolitik wurde der Förderbetrag im Vermögensbildungsgesetz von jährlich 624 DM auf 936 DM erhöht. Dabei soll der Aufstockungsbetrag einen deutlichen Fortschritt in der Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer bringen und der Bildung von Risikokapital dienen. Dazu wurde auch der Anlagekatalog für Vermögensbeteiligungen entsprechend erweitert.
- Wichtige Weichen zur Entbürokratisierung und zur Beseitigung von Behinderungen durch administrative Regelungen wurden gestellt. Die Privatisierung von gewerblichem Bundesvermögen hat begonnen.
- Mit der Änderung investitionshemmender Vorschriften im Miet- und Wohnrecht wurden dauerhafte Anreize für die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau geschaffen.
- Die Konditionen des Eigenkapitalhilfeprogrammes wurden verbessert; dies hat zu einem deutlichen Anstieg der Existenzgründungen geführt.
- Ein Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme wird mit dem Gesetzentwurf zur Förderung von Vorruhestandsgeld geleistet. Es ist ein Angebot des Staates an die Tarifvertragsparteien, um die schwierigen Jahre, in denen die geburtenstarken Jahrgänge ins Berufsleben treten, durch gemeinsames Handeln zu bewältigen.
- Dem Appell des Bundeskanzlers an die deutsche Wirtschaft folgend hat diese die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im letzten Jahr um 46 000 auf den Rekordstand von 697 000 gesteigert. Damit wurde die Zahl der von der Wirtschaft im Frühjahr zugesagten zusätzlichen 30 000 Ausbildungsplätze um mehr als die Hälfte übertroffen.
- Mit dem Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern wurde Unsicherheit bei den ausländischen Arbeitnehmern über finanzielle Erleichterungen bei der Heimkehr beseitigt.

4. Der eingeschlagene wirtschaftspolitische Kurs erwies sich als erfolgreich. Die im letzten Jahreswirtschaftsbericht gesetzten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele wurden erreicht oder — wie insbesondere beim wirtschaftlichen Wachstum — sogar deutlich übertroffen. Dies bestätigt auch der Sachverständigenrat, wenn er feststellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung 1983 einen Schritt vorangekommen ist.

Die Stimmung in der Wirtschaft ist mehr und mehr von Zuversicht geprägt. Die Beurteilung der Geschäftslage und die Erwartungen in der Industrie haben sich beträchtlich verbessert; die Bereitschaft der Verbraucher ist gewachsen, lange zurückgestellte Anschaffungspläne zu verwirklichen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich wieder auf einem klaren Wachstumspfad. Die Umkehr zum

Besseren ist sogar deutlicher ausgefallen, als von fast allen erwartet wurde. Im Jahresverlauf 1983 kam es erstmals seit 1980 wieder zu einem deutlichen realen Anstieg des Bruttosozialprodukts. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte haben sich nach dem Urteil des Rates so weit gefestigt, daß die Erholung eine solide Basis hat (Ziffer 245 JG). Der tiefe Wachstumseinbruch des Vorjahres wurde mehr als wettgemacht. Günstigere Absatz- und Ertragsaussichten haben die Unternehmer erstmals seit zwei Jahren wieder zu verstärkten Investitionen in Produktionsanlagen veranlaßt. Die Kapazitäten sind wieder besser ausgelastet. Diese Ergebnisse sind umso höher einzuschätzen, als — im Gegensatz zu allen früheren vergleichbaren Konjunkturphasen — diesmal von seiten des Exports zunächst dämpfende Einflüsse auf die Binnenwirtschaft ausgingen. Inzwischen hat sich aber auch die Auslandsnachfrage belebt, so daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung jetzt auf einem breiteren Fundament steht.

Auf dem Arbeitsmarkt konnte die langanhaltende Verschlechterungstendenz gestoppt werden. Der Anfang 1981 begonnene Beschäftigungsabbau scheint inzwischen ausgelaufen zu sein. Die Kurzarbeit hat sich binnen Jahresfrist mehr als halbiert. Die Zahl der Arbeitslosen, die von Ende 1979 bis Ende 1982 um fast 1,5 Mio. gestiegen war, blieb zwar bis zuletzt sehr hoch, saisonbereinigt ging sie jedoch in den letzten Monaten erstmals seit dreieinhalb Jahren — um rd. 90 000 — zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenzahl auf einen konjunkturellen Umschwung nur mit erheblicher Verzögerung reagiert. Die Bereitschaft der Unternehmen zur Neueinstellung von Arbeitskräften nimmt zudem wieder zu.

Trotz zeitweiser verstärkter außenwirtschaftlicher Teuerungseinflüsse und der Mehrwertsteueranhebung hat sich der Preisanstieg erheblich verlangsamt. Die Steigerung der Verbraucherpreise erreichte im vierten Quartal 1983 mit 2,6 v.H. den niedrigsten Stand seit 1978.

Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht blieb gewahrt. Die Leistungsbilanz schloß mit einem fast so hohen Überschuß ab wie ein Jahr zuvor. Anders als die Ausfuhren wurden die Einfuhren im Gefolge der günstigeren Binnenkonjunktur bereits von Beginn des Jahres 1983 an erheblich ausgeweitet. Damit hat die deutsche Wirtschaft im abgelaufenen Jahr zugleich einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Beschäftigung in ihren Partnerländern geleistet.

5. Auch in weiten Teilen der Weltwirtschaft ist im Jahre 1983 die Rezession zu Ende gegangen. Breite und Stärke der in Gang gekommenen Aufwärtsentwicklung haben in einigen Industrieländern in letzter Zeit erkennbar zugenommen. Getragen wurde der weltwirtschaftliche Erholungsprozeß insbesondere von einem überraschend starken Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten und in Kanada, wo es zu einer bemerkenswert kräftigen Ausweitung der Beschäftigung kam; doch zeigen sich inzwischen in vielen anderen Industrieländern

ebenfalls Besserungstendenzen. Allerdings nimmt bisher in den westeuropäischen Staaten, dem Hauptabsatzgebiet der deutschen Exportwirtschaft, die gesamtwirtschaftliche Aktivität — vor allem angesichts erheblicher noch nicht hinreichend gelöster Strukturanpassungsprobleme — insgesamt nur in verhaltenem Tempo zu. Schwach verläuft bislang vor allem die Wirtschaftsentwicklung in Frankreich und Italien.

Trotz der alles in allem deutlich verbesserten Weltkonjunktur dürfen Risiken, die einen nachhaltigen Aufschwung der Weltwirtschaft beeinträchtigen können, nicht übersehen werden. Sie liegen vor allem in immer noch zu großen Defiziten der öffentlichen Haushalte, welche das Zinsniveau ungünstig beeinflussen, in der extremen Verschuldung einiger Entwicklungsländer sowie in der Versuchung, nationale Probleme durch protektionistische Maßnahmen und Subventionen auf andere Staaten zu verlagern (vgl. Ziffer 34 dieses Berichts). Andererseits steht die Belebung der Weltkonjunktur auf einer solideren Basis als nach der ersten Ölkrise. Insbesondere beruht sie — anders als damals — nicht primär auf den nur vorübergehenden Wirkungen staatlicher Ausgabenprogramme, sondern auf einer Verbesserung wichtiger wirtschaftlicher Grunddaten. So ist die Inflation in den letzten drei Jahren in vielen Ländern konsequenter zurückgedrängt worden. Auch werden die Gefahren ausufernder Staatsdefizite in den meisten Staaten inzwischen stärker gesehen als früher. Zudem ist die nicht synchrone Konjunkturentwicklung in den westlichen Industrieländern für einen länger anhaltenden und inflationsfreieren Aufschwung der Weltwirtschaft eher von Vorteil.

II. Gesamtwirtschaftliche Eckwerte

6. Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit ihrer längerfristig angelegten wirtschaftspolitischen Strategie 1984 erneut Fortschritte in Richtung auf eine günstigere Kombination der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Zielgrößen gelingen werden. Wirtschaftspolitische Ziele sind in einer dezentralen und offenen Volkswirtschaft aber nicht jahresdurchschnittliche Prozentzahlen, sondern das Freisetzen marktwirtschaftlicher Wachstumskräfte in einem möglichst stabilen binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen und die Bedürfnisse der Bürger besser befriedigt werden können. Dabei hängt gerade in einem auf Entscheidungsfreiheit und Leistung beruhenden marktwirtschaftlichen System sehr viel von einer verantwortungsbewußten und sachgerechten Mitwirkung aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten ab. Die Bundesregierung vertraut darauf, daß die Tarifabschlüsse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik, die Beschäftigungschancen für die Arbeitslosen und insbesondere der Jugend durch einen dynamischen Wachstumsprozeß dauerhaft zu verbessern, nicht gefährden, sondern tatkräftig unterstützen werden. So verstanden sind die nachstehenden quantifizierten Eckwerte lediglich

als Hilfsmittel zur tendenziellen Orientierung zu verstehen.

Angesichts der verbesserten Ausgangslage und aufgrund der derzeit verfügbaren Informationen hält die Bundesregierung 1984 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der

- das Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau um rd. $2\frac{1}{2}$ v.H. real überschreitet,
- die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf weiter abnimmt und im Jahresdurchschnitt etwas unter 9 v.H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. knapp 8 v.H. aller Erwerbspersonen betragen könnte,
- der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt auf rd. 3 v.H. begrenzt werden kann,
- das außenwirtschaftliche Gleichgewicht mit einem nominalen Außenbeitrag von rd. $+2\frac{1}{2}$ v.H. und einem Leistungsbilanzüberschuß von rd. $\frac{1}{2}$ v.H. des Bruttosozialprodukts erhalten bleibt.

Diese Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegen im Rahmen des derzeit bekannten Spektrums der Prognosen von Sachverständigenrat, wissenschaftlichen Forschungsinstituten und internationalen Organisationen, das für das durchschnittliche Wachstum des Bruttosozialproduktes im Jahre 1984 von rd. 2 bis 3 v.H. reicht. Die Bundesregierung unterstreicht die Unsicherheit solcher prognostischen Aussagen. Sie hält dabei — ebenso wie der Sachverständigenrat — ein günstigeres Wachstumsergebnis durchaus für möglich. Eine günstigere Entwicklung ist insbesondere dann zu erwarten, wenn die weltwirtschaftlichen Risiken weiter eingegrenzt werden können, die Auslandsnachfrage noch stärker als vorausgeschätzt ansteigt und sich am Kapitalmarkt wieder eine Zinssenkungstendenz durchsetzt. Die Reaktionen auf die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, mit der die Bundesregierung 1983 die Erwartungen der am Wirtschaftsablauf Beteiligten verbessert hat, zeigen, daß sich Investoren und Verbraucher bei Wiederherstellung einer ausreichenden Vertrauensbasis durchaus positiver und rascher auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen, als viele es sich vorstellten.

7. Für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1984 sind die Ausgangsbedingungen vor allem auch deshalb günstiger, weil inzwischen ein Umschwung in der Auslandsnachfrage zu verzeichnen ist. Zugleich haben sich die Investitionsbedingungen aufgrund gestiegener Erträge, einer im Vergleich zu Geldanlagen inzwischen wieder höheren Rentabilität von Sachkapitalinvestitionen sowie in vielen Branchen stärker genutzter Kapazitäten spürbar verbessert. Unterstützt wird dies durch die Wirkungen der im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 für den Unternehmensbereich Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Investitionsfördernden Steuererleichterungen. Damit verbessern sich auch die Voraussetzungen dafür, daß über eine Verstärkung der

Investitionstätigkeit das zur Zeit sehr niedrige Wachstum des Produktionspotentials von $1\frac{1}{2}$ bis 2 v.H. mittelfristig wieder nachhaltig erhöht und so die Schaffung zusätzlicher rentabler Arbeitsplätze ermöglicht wird. Die Wohnungsbautätigkeit dürfte sich schon aufgrund der im vergangenen Jahr deutlich gestiegen unerledigten Aufträge 1984 weiter verstärken. Höhere Ausfuhren und mehr private Investitionen lassen zudem über die dadurch ausgelösten Einkommens- und Beschäftigungseffekte auch für den Privaten Verbrauch erneut eine leichte reale Zunahme erwarten. Die für eine nachhaltige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung charakteristische sich wechselseitig bedingende Dynamik der verschiedenen Nachfragebereiche kommt damit zunehmend in Gang. Unterstützt wird diese Entwicklung, wenn die öffentlichen Investitionen insbesondere im kommunalen Bereich, dem bei weitem größten öffentlichen Investor, wieder zunehmen. Dies sollte angesichts der inzwischen erreichten Konsolidierungsfortschritte trotz der gestiegenen Sozialhilfeb belastungen möglich sein.

8. Bei einer solchen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte die Beschäftigung im Jahresverlauf insgesamt wieder zunehmen. Dazu wird auch die steigende Zahl von Existenzgründungen beitragen, die in der Regel mit der Einstellung von Arbeitnehmern verbunden sind. Trotz der aus demographischen Gründen noch wachsenden Erwerbsbevölkerung ist die Bundesregierung daher zuversichtlich, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf 1984 weiter zurückgeht. Da die Arbeitslosenzahl 1983 noch bis in den Spätsommer hinein gestiegen war, wird die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1984 jedoch voraussichtlich nur etwas, am Jahresende aber deutlicher hinter ihrem entsprechenden Vorjahresniveau zurückbleiben. Zugleich ist ein weiterer Abbau der Kurzarbeit zu erwarten. Damit wird nach Jahren kontinuierlich gesteigener Arbeitslosigkeit als Folge zu lange hingenommener Fehlentwicklungen ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage getan. Flankierende Maßnahmen — z. B. ein verstärktes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen oder Vereinbarungen über ein Vorruhestandsgeld — sind hilfreich. Sie können indessen die Wirkungen eines stetigen Wirtschaftswachstums nicht ersetzen; denn ein zügiger Abbau der Arbeitslosigkeit kann nur über dauerhaft günstigere Wachstumsbedingungen erreicht werden. Hierzu tragen auch eine beschäftigungsfördernde Gestaltung der Vorschriften im Arbeits- und Sozialrecht und ein entsprechend flexibleres Einstellungsverhalten der Unternehmen bei.

9. Eine Verstetigung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung läßt sich nur in einem inflationsfreien Klima erreichen. Die Bundesregierung mißt auch aus diesem Grund der Preisstabilität einen hohen Rang bei. Diesem Ziel ist die Wirtschaft im vergangenen Jahr deutlich näher gekommen. Die bisher preisdämpfenden Faktoren wirken im wesentlichen auch 1984 fort. Neue Belastungen sind aus heutiger Sicht nicht absehbar. Bleibt es bei dem hohen Wechselkurs des Dollars, so wächst allerdings die Gefahr negativer Effekte für das inländische Preis- und Kostenniveau. In den Frühjahrsmonaten ist bei den Verbraucherpreisen vorübergehend wegen des vor allem ölpreisbedingten zeitweiligen Preistrückgangs im vergangenen Jahr und wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer Mitte 1983 wieder mit einer Vergrößerung der Vorjahresabstände zu rechnen. Dies wäre jedoch nicht als eine Verschlechterung des Preisklimas zu werten, sondern ist allein durch die Entwicklung im Vorjahr bedingt. Auch angesichts der niedrigeren Vorbelastung ist insgesamt eine Fortsetzung der ruhigen Preisentwicklung im Jahresverlauf zu erwarten, die es erlaubt, die Verbraucherpreisrate im Jahresdurchschnitt auf rd. 3 v.H. zu begrenzen.

10. Die Voraussetzungen für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sind bei dem sich abzeichnenden Anstieg der Ausfuhr auch in diesem Jahr günstig. Durch die jüngste Höherbewertung des US-Dollars haben sich die Aussichten hierfür — bei isolierter Betrachtung — durch die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft eher noch verbessert. Bei Fortbestehen der derzeitigen Dollarparität würde sich aber gleichzeitig die Gefahr wieder stärker steigender Einfuhr- und Inlandspreise ergeben. Außerdem würde die Erwartung eines weiterhin hohen Dollarkurses eine sonst von den binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen her mögliche Zinssenkungstendenz behindern.

Der erwartete nominale Außenbeitrag in der Größenordnung von rd. $+2\frac{1}{2}$ v.H. des Bruttosozialprodukts entspricht unter Berücksichtigung der unentgeltlichen Übertragungen an das Ausland einem Leistungsbilanzüberschuß von rd. $\frac{1}{2}$ v.H. des Bruttosozialprodukts. Sofern der Überschuß wegen einer stärker steigenden Binnennachfrage und einem höheren Importvolumen niedriger ausfallen sollte, sieht die Bundesregierung hierin keinen Grund zur Besorgnis, sondern würde dies als einen Beitrag zur Lösung der Zahlungsbilanzungleichgewichte in der Welt ansehen.

B. Soziale Marktwirtschaft für die achtziger Jahre

I. Politik für mehr Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität

1. Mehr Markt

11. Vordringliches Ziel der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine bessere Auslastung der vorhandenen Produktionsanlagen reicht dafür, wie auch der Rat betont (Ziffer 275 JG), bei weitem nicht aus. Befriedigende und dauerhafte Erfolge werden sich erst dann einstellen, wenn in großem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Dies ist nur durch Verstärkung der Investitionstätigkeit und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Hierfür sind vor allem eine weitere Verbesserung des Klimas für die private Innovations- und Investitionstätigkeit und eine Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen erforderlich. Dazu müssen wieder mehr Freiräume für wirtschaftliche Betätigung geschaffen und staatliche Einwirkungen verringert werden.

Neubesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft

12. Für die Bundesregierung ist die Soziale Marktwirtschaft die Maxime ihres Handelns. Konstitutive Elemente ihrer Politik sind individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit, Tarifautonomie, privates Eigentum, ein funktionsfähiger Wettbewerb und freie Preisbildung zur Steuerung von Angebot und Nachfrage. Anerkennung von Leistung, Kreativität und Erfolg sind ebenso unverzichtbar wie ein solides System der sozialen Sicherheit, verlässliche staatliche Rahmenbedingungen und eine vertrauensschaffende Geld- und Währungsordnung. Mit einem solchen, vom Staat gesetzten Datenkranz und einer konsequent marktwirtschaftlich orientierten Politik können Investitionen, Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand am besten geschaffen und erhalten werden. Gleichzeitig wird damit ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Leistungsfähigkeit gesichert. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung lösen sich aller Erfahrung nach die alltäglichen Interessenkonflikte harmonischer als über kollektive oder bürokratische Lenkung. Im Wettbewerb gelingt die notwendige Anpassung der Wirtschaft an veränderte Bedingungen und an neue Zukunftsanforderungen am wirksamsten.

Wie effizient in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Probleme bewältigt werden, wird häufig verdeckt durch das automatische und unmerkliche Funktionieren des Marktes. Der Sachverständigenrat weist zu Recht darauf hin, daß dem Markt die vordergründige „Faszination des Unmittelbaren“ fehlt, die von staatlichem Aktionismus und Inter-

ventionismus ausgeht und die so oft die Ursache für den Ruf nach dirigistischen staatlichen Problemlösungen ist (vgl. Ziffern 321 ff. JG).

Nur in einem marktwirtschaftlichen System kann sich jenes Maß an Eigenverantwortung entfalten, dessen die Gesellschaft zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme bedarf. Unternehmerische Entscheidungskompetenz und Verantwortung sind eine wichtige Grundlage dafür, daß neue Ideen in die Tat umgesetzt werden. Sie sind ein wesentlicher Anreiz für Selbständigkeit und die Gründung neuer Unternehmen. Gerade junge Unternehmen bringen zumeist neue Impulse für den Wettbewerb und verhindern, daß die Wirtschaft erstarrt und verkrustet. Deshalb wird die Bundesregierung auch weiterhin Existenzgründungen durch Eigenkapitalhilfen fördern.

Zur unternehmerischen Initiative gehören die Haftung im Falle des Mißerfolges ebenso wie der Gewinn beim Erfolg. Eine Übernahme von Verlusten durch den Staat läßt dagegen die private Initiative erlahmen, weil sie die Auslese des Wettbewerbs hemmt und erfolgreiche Investoren behindert. Zudem schwächt sie das Risikobewußtsein und fördert Fehlinvestitionen.

Leistung, Kreativität und Eigeninitiative müssen wieder lohnend gemacht werden; Mehrleistung darf nicht bestraft werden. Finanzielle Anreize vermögen wenig, wenn die Nettoeinkommen durch Steuern und Sozialabgaben zunehmend nivelliert werden.

Den Bürgern müssen wieder vermehrt Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und ihrer Fähigkeiten eingeräumt werden. Es kommt darauf an, durch Beseitigung einengender staatlicher Vorschriften die Wachstumschancen zu verbessern und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen. Vor allem im Bereich der mittelständischen Wirtschaft und bei freiberuflichen Tätigkeiten können dadurch private Initiative und Engagement mobilisiert werden.

Freisetzung neuer Investitionsdynamik

13. Entscheidend für die Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft, für ihre Wettbewerbskraft, für Wachstum und für sichere Arbeitsplätze sind produktive Investitionen. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme zu.

Der Investitionsbedarf der deutschen Wirtschaft ist hoch; denn aufgrund der Fehlentwicklungen, die vor allem in den siebziger Jahren zu großen Belastungen der Unternehmen, zu drastischer Verschlechterung ihrer Gewinne und zur Schwächung ihrer Kapitalbasis geführt haben, war die private Investitionstätigkeit stark gedämpft. Die Investi-

tionsquote sank mit der Folge, daß sich der Altersaufbau des Kapitalbestandes deutlich verschlechtert hat. Der Einsatz neuer rationaler Produktionsverfahren sowie die Entwicklung neuer und zugleich umweltfreundlicher Technologien und Produkte sind vordringliche Investitions- und Innovationsfelder für die Unternehmen.

Durch konsequente Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie durch ihre verlässliche und widerspruchsfreie Ausgestaltung wird die Bundesregierung dazu beitragen, daß die Investitionsschwäche der letzten Jahre dauerhaft einer neuen Investitionsdynamik Platz macht, der Produktionsapparat modernisiert wird und auch risikoreiche innovative Vorhaben wieder verstärkt zum Zuge kommen.

Aufgrund des Kostendrucks, der in den letzten Jahren auf der Wirtschaft lastete, standen bisher Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund. Ohne Rationalisierung wäre jedoch die Arbeitslosigkeit noch höher ausgefallen. Mit zunehmendem Vertrauen der Investoren in die weitere wirtschaftliche Entwicklung und mit steigender Kapazitätsauslastung ist zu erwarten, daß künftig auch Erweiterungsinvestitionen wieder größere Bedeutung erlangen und verstärkt neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Einkommenspolitische Vernunft

14. Um eine nachhaltige Ausweitung produktiver Investitionen zu erreichen, bedarf es eines einsichtsvollen Verhaltens aller am Wirtschaftsprozess beteiligten großen Gruppen. Mit diesem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1984 zur Verfügung; darunter ist allerdings mehr zu verstehen als nur die quantitativen Eckwerte. Die Bundesregierung geht bei den Orientierungsdaten davon aus, daß auch die Lohnabschlüsse des Jahres 1984 den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen und dabei den Wunsch nach einer Verbesserung der Einkommenssituation der Arbeitnehmer mit der Notwendigkeit von mehr arbeitsplatzschaffenden Investitionen in Einklang bringen. Die Tarifparteien würden damit einen entscheidenden Beitrag zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit leisten. Dies hält auch der Sachverständigenrat für erforderlich (vgl. Ziffern 427 ff. JG). Daß sich ein solches Verhalten für alle Beteiligten auszahlt, hat das Jahr 1983 gezeigt.

Preis- und einkommenspolitische Vernunft sollte unabhängig davon sein, ob über die Verteilung des Produktivitätszuwachses in Form von Einkommenssteigerungen, Vermögensbeteiligungen oder Arbeitszeitverkürzungen verhandelt wird. Der Produktivitätszuwachs kann jeweils nur einmal verteilt werden. Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich verkennen diesen Zusammenhang. Der Spielraum für eine Ausweitung der Realeinkommen ist ohnehin begrenzt. Darüber hinaus müssen bei Arbeitszeitverkürzun-

gen die Rückwirkungen auf die Liquiditätsentwicklung der Sozialversicherung sowie auf die Sozial-einkommen berücksichtigt werden. Die Bundesregierung teilt deshalb die Befürchtung des Rates, daß ein solcher Schritt zu Wachstumseinbußen führen würde (Ziffern 427 ff. JG). Wenn im Ergebnis die Reallöhne unter Berücksichtigung der Veränderungen bei der Arbeitszeit den durch den Produktivitätszuwachs gegebenen Spielraum nicht voll ausschöpfen, werden die Wettbewerbsfähigkeit und somit auch die Sicherheit der Arbeitsplätze erhöht und die Finanzierungsmöglichkeiten für neue Investitionen vergrößert. Dies bedeutet keineswegs Dämpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, weil die Zunahme der Investitionen auch mehr Nachfrage mit sich bringt und weil die durch solche Lohnabschlüsse ermöglichte günstigere Kosten- und Preisentwicklung — wie das Ergebnis des vergangenen Jahres zeigt — ebenfalls positive Nachfrageimpulse auslöst.

Orientiert sich die Tarifpolitik an diesen Grundsätzen und berücksichtigt sie zugleich das Erfordernis stärker differenzierter Lohnabschlüsse, dann wird sich mit mehr Wachstum und Beschäftigung auch der Spielraum für höhere Reallöhne in der Zukunft vergrößern.

Marktwirtschaftliche Strukturpolitik

15. Die deutsche Wirtschaft wird sich in den kommenden Jahren erheblichen Herausforderungen gegenübersehen, die insbesondere auf dem verstärkten internationalen Wettbewerb, dem technologischen Wandel und seiner Umsetzung im Produktionsprozess beruhen. Dies bedeutet Risiken, es bietet aber auch die Chance, technischen Fortschritt dauerhaft zur Steigerung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu nutzen. Risiken und Chancen im Einzelfall gegeneinander abzuwägen und marktgerecht darauf zu reagieren, ist Sache der Unternehmen. Doch ist es Aufgabe des Staates, die Fähigkeit und die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Risiko zu stärken. Eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik muß deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet sein. Dazu gehört vor allem

- die Eindämmung und mittelfristige Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung;
- die stufenweise Verminderung und der Abbau von Subventionen und steuerlichen Vergünstigungen, die privates Kapital der Verwendung in produktiveren, arbeitsplatzschaffenden Investitionen entziehen;
- die Überprüfung staatlicher Regelungen, die wesentliche Hindernisse für mehr Risikokapital zur Finanzierung von innovativen unternehmerischen Aktivitäten bilden;
- die Übertragung solcher staatlichen Aktivitäten auf Private, die von diesen ohne Beeinträchtigung der hoheitlichen Belange ebenso wirksam oder wirksamer übernommen werden können;

- der Abbau von Vorschriften, die größerer Flexibilität am Arbeitsmarkt und der Beschäftigung in den Unternehmen entgegenstehen.

Zu marktkonformen Rahmenbedingungen für einen zukunftsorientierten Strukturwandel gehört auch der Ausbau einer produktivitätsfördernden Infrastruktur.

An Subventionen für bestimmte Unternehmen oder Branchen wird die Bundesregierung künftig sehr kritische Maßstäbe anlegen. Zwar können durch solche Hilfen teilweise zu lange hinausgezögerte und deshalb besonders gravierende Anpassungsprozesse sozial abgefedert werden. Andererseits haben Subventionen, wie auch der Rat betont (Ziffern 370 ff. JG), sehr bedenkliche Folgen. Sie verlangsamen nicht nur den Strukturwandel, sondern binden finanzielle Mittel zu Lasten anderer Wettbewerber oder der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft insgesamt. Zudem beruhen sie in vielen Fällen auf einer ökonomisch kaum zu begründenden Auswahl der zu subventionierenden Aktivitäten. Dadurch werden andere in ihrer Entwicklung gebremst. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb wird verfälscht, der Staat gerät in die Gefahr, daß es zu immer weiteren Interventionen kommt.

Die von der Bundesregierung verfolgte Politik zur Stärkung der Marktkräfte erfordert deshalb, daß derartige Anpassungshilfen mehr als bisher befristet und degressiv gestaltet werden. Die Wirtschaft selbst muß dabei durch äußerste Anstrengungen von Kapitaleignern, Unternehmensleitungen, Gläubigern und Arbeitnehmern zur Bewältigung der Anpassungsprobleme beitragen.

Sanierungskonzepte für Unternehmen können, wenn sie den Marktgegebenheiten entsprechen sollen, nur vom unternehmerischen Sachverstand entwickelt und in unternehmerischer Verantwortung durchgeführt werden. Allerdings erwartet die Bundesregierung, sofern von ihr ausnahmsweise — wie z. B. im Falle der Stahlindustrie im Hinblick auf die extrem hohen Subventionen anderer Länder — Hilfen gewährt werden, daß die Sanierungskonzepte tragfähig sind, alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausschöpfen und die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Unternehmens auf Dauer gewährleisten.

Für die vom Strukturwandel besonders hart betroffenen Regionen kommt es statt künstlicher Erhaltung überholter Branchenstrukturen darauf an, Wachstumskräfte zu mobilisieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu bedarf es einer besseren Verzahnung zwischen regionaler Förderung privater Investitionen und wirtschaftsnaher Infrastruktur mit anderen öffentlichen Investitionen und einem gezielten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Grundlegendes Ziel marktwirtschaftlicher Strukturpolitik bleibt es jedoch, nicht neue Subventionstatbestände einzuführen, sondern bestehende Fehlsteuerungen, Wettbewerbsverzerrungen und Diskriminierungen abzubauen.

Günstiges Forschungsklima

16. Eine Strukturpolitik für die Zukunft muß zugleich auf eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung ausgerichtet sein. Vor allem muß ein für Spitzenforschung sowie für die Entwicklung und Anwendung neuer Techniken günstiges Klima geschaffen werden. Technologie darf kein Objekt der Angst sein, sondern muß als Herausforderung verstanden werden. Das setzt Aufgeschlossenheit gegenüber Technik und Verständnis für Zusammenhänge zwischen technischer Entwicklung und wirtschaftlichem Wohlstand, nicht zuletzt schon in den allgemeinbildenden Schulen, voraus.

Für die hochindustrialisierte, in den weltweiten Wettbewerb und Strukturwandel eingebundene deutsche Volkswirtschaft gibt es zur Beherrschung und wirtschaftlichen Nutzung moderner Technologien keine Alternative. Für die Umsetzung von Technologie sind dabei vor allem rentable Investitionen und Produkte, die am Weltmarkt Erfolg haben, erforderlich. Diese schaffen neue und sichern bestehende Arbeitsplätze (vgl. auch Ziffer 286 JG).

In einer Wettbewerbswirtschaft sind Forschung, Entwicklung und Innovation originäre Aufgaben der Unternehmen. Im Hinblick auf ihre Stellung zum Markt und wegen des eigenverantwortlichen Kapitaleinsatzes müssen diese selbst entscheiden, mit welcher Zielrichtung und in welchem Umfang sie forschen und entwickeln. Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik darf nicht die Produktionsstruktur der Wirtschaft in bestimmte Bahnen lenken wollen, zumal diese sich im internationalen Wettbewerb als verfehlt erweisen können und dann neue schwerwiegende Anpassungsprobleme entstehen. Sie hat sich im Verhältnis zur Wirtschaft am Grundsatz der Subsidiarität zu orientieren und ist dort gefordert, wo aus übergeordneten gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Gründen Forschung und Entwicklung einer Unterstützung bedürfen. Dies gilt

- vor allem für die Grundlagenforschung und für Aufgaben der staatlichen Daseins- und Zukunftsvorsorge;
- für besonders risikoreiche, aufwendige, die Privatwirtschaft überfordernde längerfristige Forschung und Entwicklung (wie z. B. in der Kernenergie oder der Luft- und Raumfahrt), oder in besonders wichtigen branchenübergreifenden Schlüsseltechnologien (z. B. Informationstechnologie).

Wirtschaftsnahe staatliche Forschungs- und Entwicklungsförderung ist Teil der wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie der Bundesregierung. Unerwünschte gesamtwirtschaftliche, außenhandels- und strukturpolitische Nebenwirkungen sind zu vermeiden. Die Bundesregierung wird darauf achten, daß es durch staatliche Förderung nicht zu einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs kommt.

Die Bundesregierung gibt breit ansetzenden allgemein und gleichzeitig wirkenden („indirekten“) Fördermaßnahmen wie z. B. Sonderabschreibungen

und Personalkostenzuschüssen für Forschung und Entwicklung oder der industriellen Gemeinschaftsförderung der Wirtschaft den Vorzug vor selektiver Förderung. Besondere Förderungsprogramme sollten zeitlich befristet und nach Möglichkeit degressiv sein.

Für offene Weltmärkte

17. Die enge Einbindung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft ist ein wesentliches Fundament für den Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa. Weltmärkte ohne protektionistische Schutzmauern, freier Kapitalverkehr und konvertible Währungen sind die Grundlagen für effektive weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und Leistungswettbewerb von Unternehmen, für dynamisches Wachstum und für mehr Beschäftigung. Die Bundesregierung wird sich deshalb auch künftig mit Nachdruck für die Fortführung der wirtschaftlichen Integration Europas und die Stärkung der internationalen Wirtschafts- und Währungsordnung einsetzen.

Die Bundesregierung wird insbesondere auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London intensiv für eine internationale Abstimmung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken eintreten. Nur im Rahmen rechtzeitiger und vertrauensvoller Kooperation und bei Rücksichtnahme auf die Partner lassen sich negative Rückwirkungen nationaler Maßnahmen für Welthandel und -konjunktur auf Dauer vermeiden, extensive und erratische Wechselkurschwankungen abmildern, die internationalen Verschuldungsprobleme eindämmen und das Zinsniveau weltweit zurückführen (vgl. auch Ziffern 290 ff. JG).

2. Handlungsschwerpunkte 1984

18. Konjunkturpolitischer Handlungsbedarf besteht zur Zeit nicht. Vor allem wären staatliche Ausgabenprogramme nicht geeignet, die gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme dauerhaft zu mildern. Wirtschaftspolitik muß daher jetzt vor allem als Wachstumspolitik verstanden werden und die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die gegenwärtige Konjunkturerholung in eine langanhaltende Wachstumsdynamik übergehen kann. Die Bundesregierung weiß sich dabei in der Grundausrichtung ihrer Politik in Übereinstimmung mit der Auffassung des Rates (Ziffern 321 ff. JG). Zu Recht weist dieser darauf hin, daß der erforderliche Zeitbedarf für eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation nicht gering einzuschätzen ist (vgl. Ziffer 288 JG). Wichtig ist es, daß der Wachstumsprozeß in Gang gekommen ist und in den nächsten Jahren zu weiteren Fortschritten führt. Die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik müssen auf dieses Ziel hin ausgerichtet sein.

Solide Haushaltspolitik

19. Mit dem Bundeshaushalt 1984 und den ihn begleitenden Gesetzen wird ein weiterer wichtiger Schritt zur Gesundung der öffentlichen Finanzen

und zur Belebung der Wirtschaft getan. Die Defizite sind aber immer noch zu hoch; ihr weiterer Abbau ist eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die Zinsen wieder sinken können und unsere Volkswirtschaft wieder mehr produktives, arbeitsplatzschaffendes Kapital zur Verfügung hat. Auch die Mehrheit des Rates räumt der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Priorität ein. Sie bestätigt, daß der bisherige Konsolidierungskurs den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen voll Rechnung trägt und einer Fortsetzung dieser Politik 1984 noch weniger als 1983 konjunkturelle Rücksichten entgegenstehen (Ziffern 333 ff. JG).

Zu einer soliden Haushaltspolitik gehören im einzelnen:

a) Konsequente Fortführung der Gesundung der öffentlichen Haushalte, um die Kreditmärkte zugunsten privater Investitionen zu entlasten und die lähmende Wirkung zu beseitigen, die von hohen Staatsdefiziten und der damit verbundenen Furcht vor Steuererhöhungen auf Erwartungen und Dispositionen der Wirtschaft ausgeht. Die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte muß deshalb in Übereinstimmung mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen stetig und nachhaltig verringert werden.

b) Eine durchgreifende Gesundung der öffentlichen Haushalte erfordert auch weiterhin eine strenge Ausgabendisziplin; denn Steuer- und Abgabenerhöhungen würden die Entfaltung der Wachstumskräfte behindern. Nur wenn der Ausgabenanstieg mehrere Jahre lang deutlich unter dem Zuwachs des nominalen Sozialprodukts bleibt, kann die jährliche Neuverschuldung ausreichend zurückgeführt werden.

In Übereinstimmung mit den mehrfach bekräftigten Empfehlungen des Finanzplanungsrates soll deshalb der jährliche Ausgabenanstieg des Bundeshaushalts im Finanzplanungszeitraum auf 3 v. H. begrenzt werden.

c) Um die Beanspruchung des Kapitalmarktes weiter zu vermindern und zusätzlichen Raum für die private Kapitalnachfrage zu schaffen, werden etwaige Steuermehreinnahmen 1984 zur Senkung der öffentlichen Defizite verwendet. Das gleiche gilt im Falle eines höheren Bundesbankgewinns.

d) Die Bundesregierung wird mit der im Haushaltsentwurf 1985 und im Finanzplan bis 1988 fortzuführenden soliden Haushaltspolitik die Dispositionssicherheit für die Wirtschaft erhöhen. Dabei wird sie den Prozeß einer schrittweisen Umschichtung der öffentlichen Ausgaben in eine wachstumsfreundlichere Richtung fortsetzen. Der Rat weist zu Recht allerdings darauf hin, daß die qualitative Konsolidierung ein schwieriger und langwieriger Teil der Konsolidierungsaufgabe ist (Ziffern 283 ff. JG).

e) Länder und Gemeinden werden in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Finanzplanungsrates ebenfalls ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Um-

schichtung in dauerhaft wachstums- und beschäftigungsfördernde Verwendungsbereiche leisten. Bund, Länder und Gemeinden kamen im Finanzplanungsrat ausdrücklich überein, den jährlichen Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in den Finanzplänen an einer Größenordnung von 3 v. H. zu orientieren.

- f) Angesichts des immer noch hohen öffentlichen Kreditbedarfs wird sich die Bundesregierung weiterhin darum bemühen, die Anforderungen der öffentlichen Hand an die Kreditmärkte so zu koordinieren, daß eine temporäre Überforderung der Märkte vermieden wird.

Leistungs- und investitionsfördernde Steuerpolitik

20. Mit dem Dringlichkeitsprogramm vom Herbst 1982 und dem Steuerentlastungsgesetz 1984 hat die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine nachhaltige Stärkung der Innovations- und Investitionskraft der Wirtschaft verbessert. Im Mittelpunkt stehen Entlastungen bei der Gewerbe- und Vermögensteuer, ergänzt durch Verbesserungen der Abschreibungsbedingungen, besonders für den Mittelstand und für Forschung und Entwicklung.

Diese steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft müssen, sobald der Konsolidierungsprozeß es zuläßt, durch allgemeine dauerhafte Entlastungen von leistungshemmenden Abgaben auf den Einkommenszuwachs ergänzt werden. Die dritte Stufe der steuerpolitischen Strategie der Bundesregierung ist daher die Tarifierung bei Lohn- und Einkommensteuer, die Arbeitnehmern und Unternehmen zugute kommt und durch einen Abbau der Progression gesamtwirtschaftlich von großer Bedeutung ist: der Anreiz für zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten wird verstärkt, der Schattenwirtschaft entgegengewirkt, die Übernahme hoher Investitionsrisiken ermöglicht und die Voraussetzung zur Bildung von Eigenkapital erleichtert, die Wachstumsaussichten werden verbessert.

Im Rahmen der Tarifierung wird die Bundesregierung ihrer Ankündigung gerecht werden, das Steuerrecht familienfreundlicher auszugestalten. Über Umfang und Zeitpunkt der Steuerentlastungen wird sie bis Mitte des Jahres Grundsatzbeschlüsse fassen; gleichzeitig wird auch über Ausgleichsmaßnahmen, vor allem durch Abbau von steuerlichen Sonderregelungen und Finanzhilfen, zu entscheiden sein. Bei den steuerpolitischen Entscheidungen werden die gesamtwirtschaftlichen Aussichten und die Fortschritte bei der Gesundung der öffentlichen Haushalte zu berücksichtigen sein.

Voraussetzung für eine Neuordnung der Gemeindefinanzen ist ein umfassendes Konzept für eine Gemeindesteuerreform, das von allen Beteiligten gemeinsam erarbeitet und getragen wird sowie einen Interessenausgleich zwischen Gemeinden und Unternehmen sicherstellt. Angesichts des Zeitbedarfs einer gründlich durchdachten Neuordnung der Gemeindefinanzen beabsichtigt die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode keine weitere Änderung der Gewerbesteuer.

Die gegenwärtigen Handlungserfordernisse in der Wohnungspolitik bewertet die Bundesregierung ähnlich wie der Rat. Es gilt, eine befriedigende Regelung für die Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums zu finden und eine Neuordnung der sozialen Wohnungspolitik in die Wege zu leiten (Ziffern 587 ff. JG). Die 1983 eingeführten zusätzlichen Begünstigungen für Wohnungsbauinvestoren sind als zeitlich begrenzter konjunkturpolitischer Anstoß erfolgreich. Die Bundesregierung prüft derzeit, wie nach dem Auslaufen dieser Maßnahmen eine dauerhafte Regelung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums gestaltet sein soll.

Privatisierung öffentlicher Beteiligungen und Dienstleistungen

21. Die Bundesregierung wird ihre bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1983 angekündigte Absicht weiterverfolgen, öffentliches Vermögen dort zu privatisieren, wo dies ohne Beeinträchtigung staatlicher Belange möglich ist. Sie sieht sich hierin durch den Sachverständigenrat bestätigt (Ziffern 389 ff. JG). Ein erster Schritt ist die Veräußerung eines wesentlichen Teils der Bundesanteile an der VEBA. Die Bundesregierung untersucht derzeit bei allen Bundesbeteiligungen, ob ein wichtiges Bundesinteresse noch gegeben ist und ob es gegebenenfalls auch bei einem niedrigeren Beteiligungsgrad oder bei mittelbarem Beteiligungsbesitz gewahrt werden kann. Dabei gibt es auch Bundesbeteiligungen, die für eine Privatisierung nicht oder noch nicht in Betracht kommen können. Soweit sich Bundesunternehmen in der Verlustzone befinden, müssen sie in der Regel zunächst reorganisiert und nachhaltig konsolidiert werden. Generell wird sich die Bundesregierung von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Beweislast für die Notwendigkeit staatlicher Unternehmertätigkeit bei denen liegt, die ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Beibehaltung staatlicher Unternehmensbeteiligungen sehen.

Die Bundesregierung hält auch die verstärkte Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen für wichtig. Aufgerufen sind hier vor allem Länder und Gemeinden, ihr Privatisierungspotential im Bereich öffentlicher Leistungen auszuschöpfen und dabei eng mit mittelständischen Unternehmen und den in Frage kommenden freien Berufen zusammenzuarbeiten.

Abbau bürokratischer Hemmnisse

22. Die Entlastung der Wirtschaft und Bürger von unnötigen, einengenden staatlichen Vorschriften ist nach Auffassung der Bundesregierung besonders wichtig, um die Wachstumschancen zu verbessern und zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beizutragen. Entbürokratisierung ist nicht nur eine dauerhafte ständige Aufgabe der Exekutive; sie erfordert auch ein Umdenken der Bürger in ihren Ansprüchen an den Staat und ein Besinnen auf mehr Eigenverantwortung.

- a) Entsprechend dem Kabinettsbeschuß vom 13. Juli 1983 wird die Bundesregierung noch im

Jahre 1984 konkrete Vorschläge zur Aufhebung oder Vereinfachung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften insbesondere auf den Gebieten des Baurechts, des Gewerberechts und des Ausbildungsrechts vorlegen. Als ersten Schritt wird sie in Kürze ein Artikelgesetz und eine Sammelverordnung zur Aufhebung oder zur Vereinfachung preis- oder gewerberechtlicher Vorschriften vorlegen.

- b) Eine wirksame Entbürokratisierung kann nur in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden erreicht werden. Die Bundesregierung hat daher eine Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung unter Beteiligung von Ländern und Gemeinden sowie Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft berufen. Konkrete Vorschläge der Kommission werden im Frühjahr 1984 erwartet.
- c) Besondere Aufmerksamkeit ist nach Auffassung der Bundesregierung der Rechtsetzung durch die Europäische Gemeinschaft zu widmen. Eine frühzeitige Prüfung der Rechtsetzungsvorhaben auf Notwendigkeit und überflüssigen Perfektionismus sowie auf seine Auswirkungen im Inland ist geboten.
- d) Die Bundesregierung erwartet Anregungen der Betroffenen zum Abbau investitions- und beschäftigungshemmender Vorschriften und wird diese sorgfältig prüfen.

Mehr Risikokapital

23. Mehr arbeitsplatzschaffende Investitionen erfordern eine solide Finanzierung der Unternehmen; hierzu gehört auch eine ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital. Viele der von der Bundesregierung bereits eingeleiteten Maßnahmen zielen nicht zuletzt auf eine verbesserte Kapitalausstattung der Unternehmen, wie die begonnene Haushaltskonsolidierung, die steuerlichen Entlastungen, die Einschränkung der steuerlichen Vorteile von Bauherrenmodellen und die Vermögenspolitik.

Wesentliche Möglichkeiten für die Verbesserung der unzulänglichen Eigenkapitalausstattung liegen im Bereich der Wirtschaft selbst und entziehen sich weitgehend staatlicher Beeinflussung. Die Unternehmen müssen mehr als bisher dazu übergehen, ihre Eigenkapitalbasis durch Ausgabe von Aktien und durch andere geeignete Finanzierungsinstrumente zu erweitern. Auch die Banken könnten entsprechende Initiativen der Unternehmen mehr als bisher unterstützen. Darüber hinaus hängt es wesentlich von den Entscheidungen der Tarifvertragsparteien ab, in welchem Umfang den Unternehmen eine nachhaltige Stärkung ihrer Ertragskraft möglich bleibt; diese ist zugleich Voraussetzung dafür, daß Anleger das mit der Kapitalanlage in Unternehmen verbundene Risiko einzugehen bereit sind.

Der Staat kann die erforderlichen Eigenanstrengungen der Wirtschaft nur unterstützend begleiten. Es geht nicht darum, neue Subventionstatbestände zu schaffen, sondern solche Vorschriften zu über-

prüfen, die die Eigenkapitalbildung behindern. Dazu gehören namentlich

- einseitige steuerliche Belastungen der Eigenkapitalbildung, wie z. B. die Gesellschaftsteuer oder die Börsenumsatzsteuer;
- Erschwernisse bei der Umwandlung der Rechtsform der Unternehmen;
- Organisationsprobleme der Wertpapiermärkte, die den Zugang von Unternehmen zum Kapitalmarkt erschweren;
- Erschwernisse bei der Eigenkapitalbildung über Kapitalbeteiligungsgesellschaften, insbesondere bei der Risikokapitalbereitstellung für innovative junge Unternehmen.

Weiterer Ausbau der Vermögensbildung

24. Mit dem neuen Vermögensbeteiligungsgesetz sind zum 1. Januar 1984 kurzfristig realisierbare Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen in Kraft getreten. Die Bundesregierung beabsichtigt, noch in dieser Legislaturperiode einen weiteren Gesetzentwurf zur Vermögensbildung auszuarbeiten. Dabei sind vor allem Regelungen für außerbetriebliche Vermögensbeteiligungen über Kapitalanlage- bzw. Kapitalbeteiligungsgesellschaften vorgesehen, die den Arbeitnehmern die Beteiligung an nicht emissionsfähigen Unternehmen erleichtern sollen.

Geldpolitik für inflationstheoretisches Wachstum

25. Die Bundesregierung stimmt mit der Deutschen Bundesbank darin überein, daß für 1984 ein Wachstum der Geldmenge anzustreben ist, das die bislang erzielten stabilitätspolitischen Erfolge nicht gefährden und von der monetären Seite ein kräftiges reales Wachstum der Wirtschaft ermöglichen soll. Die Deutsche Bundesbank hält hierfür eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom 4. Quartal 1983 bis zum 4. Quartal 1984 um 4 bis 6 v. H. für angemessen.

Die Vorankündigung eines Geldmengenziels für das kommende Jahr durch die Deutsche Bundesbank hat sich als Orientierungsdatum und vertrauensschaffende Maßnahme für die Wirtschaft bewährt. Die Bundesregierung hält dies für einen wichtigen Bestandteil der längerfristig angelegten Wachstums- und Stabilitätspolitik. Sie sieht in dem Geldmengenziel für 1984 eine Aufforderung an alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, durch ein verantwortungsbewußtes Verhalten zur inneren und äußeren Stabilität unserer Währung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen.

26. Aus dem Wachstum und der internationalen Verflechtung der Finanzmärkte sowie aus den gestiegenen Bonitäts- und Liquiditätsrisiken im Bankgeschäft sind den Kreditinstituten neuartige Risiken entstanden. Die Bundesregierung wird deshalb den gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Kreditwesengesetzes vorlegen. Dadurch sollen die Be-

stimmungen über die Bankaufsicht an die veränderte finanzwirtschaftliche Situation, namentlich auch an die Risiken, die sich aus dem internationalen Bankgeschäft miteinander verflochtener Banken ergeben können, angepaßt werden.

Beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik

27. Einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme leistet die Arbeitsmarktpolitik. Sie muß dafür sorgen, die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte zu erhalten und die Wiederbeschäftigung der Arbeitsuchenden zu fördern. Vor allem die Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden verstärkt eingesetzt und tragen spürbar zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei.

Bei der Arbeitsmarktpolitik muß darauf geachtet werden, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Unternehmen nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere bei Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen zusätzliche Kostenbelastungen der Arbeitsplätze vermieden werden (vgl. Ziffer 14 dieses Berichts). Versuche, durch globale Zwangsregelungen vorhandene Arbeitsplätze umzuverteilen, können Beschäftigungsprobleme nicht lösen. Es sollen jedoch flexiblere Regelungen angestrebt werden, die den einzelnen Arbeitnehmern und Unternehmen eine individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten ermöglichen. Die vielfältigen Anwendungsformen neuer Technologien haben dabei die organisatorischen Möglichkeiten und die betrieblichen Notwendigkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit erhöht. Neue flexiblere Formen der Tages-, Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit können zugleich den individuellen Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer und den veränderten Anforderungen der Betriebe Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt entlasten.

Die Bundesregierung hat deshalb den Tarifpartnern mit ihrem Entwurf eines Gesetzes über Vorruhestandsleistungen ein Angebot gemacht, älteren Arbeitnehmern ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu ermöglichen. Diese Rahmenregelung ist auf die nächsten fünf Jahre, die noch durch einen starken Zustrom von Schulabgängern auf den Arbeitsmarkt geprägt sein werden, befristet. Sie sieht vor, daß die Bundesanstalt für Arbeit Arbeitgebern, die aufgrund eines Tarifvertrags oder einer Einzelvereinbarung Vorruhestandszahlungen an ältere Arbeitnehmer leisten, Zuschüsse gewährt, sofern die freigewordenen Arbeitsplätze durch Arbeitslose oder arbeitsuchende Jugendliche wieder besetzt werden.

Auch in der Teilzeitarbeit sieht die Bundesregierung einen Weg, durch mehr Flexibilität zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Die Erweiterung des Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen entsprechend den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer ist in erster Linie Aufgabe der Arbeitgeber. Die Bundesregierung wird geeignete Vorschläge machen, die die Benachteiligung der Teilzeitarbeit ausschließen und so zu einer Ausweitung

der Teilzeitarbeit beitragen sollen. Sie wird auch mehr Teilzeitarbeit für Beamte ermöglichen.

Bessere Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze wird die Bundesregierung auch durch Anpassung arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften schaffen. Schwerpunkte sind:

- a) Neuregelung der Arbeitszeitvorschriften mit dem Ziel, den Tarifparteien — im Rahmen gesetzlicher Grenzen — mehr Gestaltungsmöglichkeiten für eine praxisnahe, sachgerechte und effektive Arbeitszeitregelung zu übertragen.
- b) Aufhebung oder Anpassung von Vorschriften im Frauenarbeitsschutz, die — bei Aufrechterhaltung des medizinisch notwendigen Schutzes von Mutter und Kind — zur Abwehr von Gefährdungen und Schädigungen verzichtbar sind.
- c) Flexiblere Gestaltung der Arbeitszeitvorschriften für Jugendliche, um ihre Ausbildung und Beschäftigung ohne Beeinträchtigung des notwendigen Gesundheitsschutzes zu erleichtern.
- d) Mehr Flexibilität bei der Handhabung von befristeten Arbeitsverträgen mit dem Ziel, Überstundenarbeit weniger notwendig zu machen.

28. In der Ausländerpolitik läßt sich die Bundesregierung von folgenden Prinzipien leiten:

- a) Wegen der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und der schwierigen Arbeitsmarktlage wird am Anwerbestopp uneingeschränkt festgehalten. In den künftigen Verhandlungen über die Weiterentwicklung der Assoziation Europäische Gemeinschaft-Türkei wird eine Regelung angestrebt, die den freien Zuzug türkischer Arbeitnehmer dauerhaft ausschließt.
- b) Das Angebot zur Integration der verbleibe- und integrationswilligen Ausländer, insbesondere der hier aufwachsenden jungen Menschen, wird voll aufrechterhalten.
- c) Die freiwillige Rückkehr in die Heimat wird aufgrund des am 1. Dezember 1983 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern finanziell und durch Beratung erleichtert. Eine Zwangsrückgliederung ausländischer Arbeitnehmer lehnt die Bundesregierung ab.

Mehr Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf

29. Ziel der Bildungspolitik ist es, daß allen jungen Menschen, die dies wünschen, eine Ausbildungschance in der dualen Berufsausbildung, in Schulen oder in Hochschulen angeboten wird, damit sie sich auf ihren Beruf vorbereiten können. Für 1984 erwartet und unternimmt die Bundesregierung wiederum große Anstrengungen, damit möglichst alle Jugendlichen, die Ausbildungsplätze anstreben, ein Lehrstellenangebot erhalten. Insbesondere die Wirtschaft ist — wie schon 1983 — gefordert, mit hoher Ausbildungsbereitschaft auf die erwartete große Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu ant-

worten. Unternehmen, Gewerkschaften und Betriebskörperschaften sind aufgerufen, 1984 ihre Anstrengungen zur Verbesserung des Lehrstellenangebots, insbesondere auch für Mädchen, noch einmal zu steigern. Vor allem sollten die mittleren und größeren Betriebe ihre Ausbildungsleistungen erhöhen und die bisher noch nicht ausbildenden Betriebe an der dualen Berufsausbildung mitwirken.

- a) Die Bundesregierung geht aufgrund der guten Erfahrungen im vergangenen Jahr davon aus, daß die Wirtschaft sich erneut ihrer Verantwortung bewußt sein und diese Aufgabe aus eigener Kraft im Hinblick auf die Berufschancen der jungen Generation und im eigenen Interesse ohne Ausbildungssubventionen des Bundes lösen wird. Eine Umlagefinanzierung wird es nicht geben.
- b) An die Kammern und Betriebe appelliert die Bundesregierung, durch gezielte Maßnahmen die Ausbildungsmöglichkeiten zu vergrößern.
- c) Der Bund wird Anstrengungen unternehmen, seine Ausbildungsleistung im Hinblick auf die besonderen Anforderungen des Ausbildungsjahres 1984 zu steigern und bei Unternehmen mit maßgeblicher Bundesbeteiligung darauf hinwirken, daß ein hoher Ausbildungsstand gewährleistet bleibt.
- d) Die Bundesregierung verhandelt mit den Ländern mit dem Ziel, vorübergehend die Bildungsangebote an berufsbildenden Schulen, einschließlich vollzeitschulische Berufsbildungsgänge mit Kammerabschlußprüfungen, in Engpaßbereichen auszuweiten.
- e) Von den Jugendlichen erwartet die Bundesregierung, daß sie sich mit den Mitbewerbern um Ausbildungsplätze solidarisch zeigen und vom Abschluß mehrerer Ausbildungsverträge absehen. Sie unterstützt die Initiative einiger Bundesländer, durch Einführung von sogenannten Annahmekarten die Blockierung von Ausbildungsplätzen zu verhindern. Gleichzeitig erwartet sie von den Unternehmen, daß sie die Arbeitsämter über wieder freigegebene Lehrstellen unverzüglich informieren.
- f) Die Bundesregierung wird darüber hinaus die regionale Mobilität insbesondere von älteren Jugendlichen bei der Lehrstellenwahl unter Nutzung der Mobilitätshilfen der Bundesanstalt für Arbeit und der Angebote der Jugendhilfe fördern.
- g) Der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur hat auf Vorschlag der Bundesregierung eine verstärkte Förderung von Investitionen beschlossen, durch die zusätzliche Ausbildungsplätze in den Fördergebieten geschaffen werden sollen.
- h) Für eine hohe Ausbildungsbereitschaft kommt es ganz wesentlich auf richtige Rahmenbedingungen und niedrige Ausbildungskosten an. Die Bundesregierung wird deshalb — über die bereits 1983 getroffenen Maßnahmen hinaus — Anfang 1984 einen Gesetzentwurf einbringen,

mit dem ausbildungshemmende Vorschriften im Bereich des Jugend- und Frauenarbeitsschutzes sowie des Schwerbehindertenrechts beseitigt werden. Sie appelliert an die Tarifvertragsparteien, bei ihren Tarifabschlüssen die Notwendigkeit, daß zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, zu berücksichtigen.

- i) Die Bundesregierung wird das Programm zur Gewährung von Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche, das auf eine bessere berufliche Eingliederung von arbeitslosen Jugendlichen in das Erwerbsleben abzielt, bis 1987 fortsetzen.

II. Europäische und Internationale Wirtschaftspolitik

30. Beim Weltwirtschaftsgipfel in London wie in ihren übrigen multilateralen und bilateralen wirtschaftspolitischen Kontakten wird die Bundesregierung für eine Politik zur Festigung der Grundlagen des wirtschaftlichen Erholungsprozesses eintreten, damit die Weltwirtschaft wieder auf einen Pfad anhaltenden Wirtschaftswachstums zurückfindet. Eine neue Wachstumsdynamik ist vor allem unabdingbar für mehr Beschäftigung; insbesondere würde sich dadurch auch die Lage vieler Entwicklungsländer entspannen. Daß es gerade die Industrieländer mit den größten Stabilisierungserfolgen sind, in denen die konjunkturelle Erholung die deutlichsten Fortschritte macht, zeigt, wie wichtig es ist, Fehlentwicklungen im nationalen und im internationalen Bereich frühzeitig zu korrigieren. Es wäre verfehlt, auf kurzatmige Nachfrageprogramme zu setzen, die letztlich nur wieder höhere Inflationsraten und Haushaltsdefizite sowie destabilisierende Kapitalbewegungen zur Folge hätten und damit die sich in einer Reihe von Ländern anbahnende Erholung schon bald wieder in Frage stellen würden. Vielmehr geht es jetzt darum, Stabilität und Vertrauen durch die Verbesserung auch der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stärken (vgl. auch Ziffer 312 JG).

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

31. Der Europäische Rat in Athen hat gezeigt, daß die Auffassungen der Mitgliedstaaten über das, was zur Überwindung der akuten Gemeinschaftsprobleme notwendig ist, noch weit auseinanderlaufen. Dabei besteht durchaus Einigkeit über die grundlegenden Ziele, nämlich die Intensivierung der Integration und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. In Athen ist aber auch für alle Beteiligten klar geworden, daß Fortschritte nur mit einer gleichzeitigen Lösung aller wichtigen Probleme des sog. Stuttgarter Pakets erreicht werden können.

Die Bundesregierung wird die französische Präsidentschaft darin unterstützen, bis zur Jahresmitte mit den Partnern eine Lösung der drängenden Probleme der Gemeinschaft zu finden. Dabei muß entsprechend der Entscheidung der Staats- und Regie-

rungschefs der Mitgliedstaaten in Stuttgart über die künftige Finanzierung der Gemeinschaft, die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken unter besonderer Beachtung der Einsparnotwendigkeiten in der gemeinsamen Agrarpolitik, die mit der Erweiterung zusammenhängenden Fragen, die besonderen finanziellen Belastungen einiger Mitgliedstaaten sowie die Notwendigkeit einer strengeren Haushaltsdisziplin gemeinsam beschlossen werden. Wirtschaftspolitisch ist bei den jetzt zu unternehmenden Anstrengungen eine mehr konvergente, stabilitäts- und wachstumspolitische Grundausrichtung der europäischen Politik entscheidend. Gleichzeitig geht es um folgende Ziele:

- Herstellung möglichst unverzerrter Wettbewerbsverhältnisse im europäischen Binnenmarkt, insbesondere durch den Abbau von nationalen Beihilfen, aber auch von anderen protektionistisch wirkenden Maßnahmen;
- weitere Vereinfachungen für den Handelsaustausch mit den Partnern, insbesondere durch die Harmonisierung von nationalen Vorschriften und Regelungen;
- weitere Fortschritte in der Rechtsangleichung und Steuerharmonisierung;
- Erleichterungen für grenzüberschreitende Firmenkooperation, ohne jedoch dabei die Zusammenarbeit mit Unternehmen aus Drittländern zu diskriminieren;
- weitere Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte.

Vorrangig bedarf die Gemeinschaft einer zielstrebigsten Politik, die den Ausbau des Binnenmarktes als einen wesentlichen Wachstumsmotor Europas fördert. Der Weg zu einem europäischen Binnenmarkt darf allerdings nicht über eine Abschottung nach außen und über den Vertrag von Rom zuwiderlaufende Gemeinschaftspräferenzen für bestimmte Unternehmen in Europa führen; denn alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften haben aus dem bestehenden offenen Welthandelssystem wirtschaftlichen Nutzen gezogen, einige unserer Partnerländer dabei mehr als die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung wird deshalb auch in Zukunft darauf hinwirken, daß die Gemeinschaft ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale wirft, um den internationalen Handel frei von Restriktionen zu gestalten. Damit wird auch den Entwicklungsländern und ihrer Integration in die Weltwirtschaft am besten gedient.

Zweifellos müssen in einer Gemeinschaft die wirtschaftlich starken Länder größere Beiträge für die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken leisten als die weniger prosperierenden Staaten. Gerade in einer Zeit, in der alle Mitgliedstaaten mit erheblichen Haushaltsproblemen zu kämpfen haben, müssen allerdings für Sparsamkeit und Effizienz der Gemeinschaftsausgaben strenge Maßstäbe gelten. Eine gerechtere Verteilung der Haushaltsbelastungen in der Gemeinschaft ist für die Bundesregierung unverzichtbar.

Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, die Entwicklung und Erhaltung eines hohen technologischen Standards in Europa und eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung hängen von einer dies begünstigenden Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie von den Unternehmen selbst ab und nicht in erster Linie von einer wachsenden Ausstattung der Gemeinschaft mit Finanzmitteln.

Vermehrte Interventionen in Märkte und unternehmerische Entscheidungen würden die Flexibilität und Dynamik der Wirtschaft eher beeinträchtigen als fördern. Die Bundesregierung hat frühzeitig vor Subventionsprogrammen und einer zu großzügigen Beihilfenpolitik in der Gemeinschaft gewarnt. Sie hat mit ihrer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gezeigt, daß sie nicht hinnehmen kann, wenn eine Branche, wie z. B. die Textilindustrie, in einem Mitgliedstaat massiv unterstützt wird, während die Unternehmen in anderen Mitgliedstaaten die Strukturanpassung ohne staatliche Unterstützung bewältigen müssen. Eine ausufernde Subventionspolitik, ob auf Ebene der Gemeinschaft oder im nationalen Rahmen, schränkt die Arbeitsteilung über die Grenzen hinweg ein, läuft damit der Zielsetzung eines gemeinsamen Binnenmarktes entgegen, behindert die industrielle Dynamik in Europa und schwächt die Gemeinschaft.

32. Die Bundesregierung wird sich um ein möglichst reibungsloses Funktionieren des Europäischen Währungssystems (EWS) und um weitergehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs als wichtigen Elementen ihrer Europapolitik bemühen. Die notwendige währungspolitische Zusammenarbeit in der Gemeinschaft kann auf die Dauer nur dann befriedigend funktionieren, wenn die Teilnehmerländer einen hohen Grad an gesamtwirtschaftlicher, stabilitätsorientierter Konvergenz verwirklichen.

Internationale Währungspolitik

33. Ein Hauptproblem der internationalen Währungspolitik sind die Zahlungsschwierigkeiten vieler hochverschuldeter Länder der Dritten Welt und Osteuropas. Die finanziellen Hilfsaktionen für diese Länder, die durch enge Zusammenarbeit zwischen Gläubigerstaaten, multilateralen Finanzinstitutionen und den beteiligten Banken möglich wurden, haben die notwendige Atempause geschaffen. Alle Beteiligten müssen jedoch weiterhin eng zusammenwirken, um eine dauerhafte Konsolidierung zu erreichen. Dafür bedarf es — wie auch der Sachverständigenrat hervorhebt (Ziffer 300 JG) — eines längeren Zeitraums.

Voraussetzung für einen Erfolg bei den Anstrengungen zur Überwindung der Verschuldungsprobleme ist ein dauerhaftes, besseres Wachstumsklima in den Industrieländern und ein freier Zugang zu ihren Märkten. Eine Senkung des internationalen Zinsniveaus — nicht zuletzt durch Rückführung überhöhter Haushaltsdefizite — ist auch in diesem Zusammenhang wichtig. Einen entscheidenden

Schritt für ihre Sanierung müssen jedoch die Schuldnerländer selbst tun, indem sie ihre Wirtschaftspolitik danach ausrichten, eine längerfristig tragbare außenwirtschaftliche Position zu erreichen und so ihre Kreditwürdigkeit wieder herzustellen. Dabei ist es für alle Beteiligten wesentlich, daß es den Schuldnerländern gelingt, ihre Volkswirtschaften geordnet und ohne soziale Zerreißproben anzupassen.

Bei der Unterstützung dieses Anpassungsprozesses fällt dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Ansicht der Bundesregierung weiterhin eine zentrale Aufgabe zu. Die Bundesregierung begrüßt nachdrücklich, daß die 8. Quotenrevision, durch die die verfügbaren Mittel des Währungsfonds erheblich aufgestockt werden konnten, dank der intensiven Bemühungen aller Mitgliedsländer, wie vorgesehen in Kraft gesetzt werden konnte; sie begrüßt auch die erhebliche Erweiterung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) — einer Kreditlinie, die Zentralbanken und Regierungen wichtiger Industrieländer dem IWF eingeräumt haben — durch die dem IWF zusätzliche Mittel bereitstehen.

Der Internationale Währungsfonds kann als internationale monetäre Behörde durch die Verbindung zwischen wirtschaftspolitischen Bedingungen und Kreditgewährung wie keine andere Institution darauf hinwirken, daß der Anpassungsprozeß und der Abbau übermäßiger Zahlungsbilanzdefizite in geordneten Bahnen verläuft. Gleichzeitig schafft er damit die unentbehrliche Vertrauensgrundlage für die Kredite anderer öffentlicher und privater Gläubiger. Denn auch die sonstigen öffentlichen und privaten Finanzströme in diese Länder dürfen nicht abreißen, wenn krisenhafte Entwicklungen vermieden werden sollen. Den Banken kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Auch private ausländische Direktinvestitionen können einen fühlbaren Beitrag leisten, was allerdings attraktive Bedingungen, insbesondere einen hinreichenden Investitionsschutz, in den Empfängerländern voraussetzt.

Generelle Regelungen für den Schuldenerlaß oder für andere Formen allgemeiner Schuldenerleichterungen, wie sie von verschiedenen Seiten zur Diskussion gestellt worden sind, würden der sehr unterschiedlichen Lage der einzelnen Schuldnerländer nicht gerecht. Sie wären kontraproduktiv und würden die Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer nur erschweren.

Außenwirtschaftspolitik

34. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sowie die erheblichen Verschuldungs- und Strukturanpassungsprobleme werden auch in den kommenden Jahren den protektionistischen Tendenzen zunehmend Auftrieb geben. Solche Defensivstrategien wären der falsche Weg. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß gerade der ungestörte Wettbewerb über die nationalen Grenzen hinweg eine unverzichtbare Voraussetzung für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung ist. Dazu muß nicht nur auf weitere protektionistische Maßnahmen verzichtet, sondern

auch bestehende Handelsschranken müssen abgebaut werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein einmal erreichter Liberalisierungsstand nicht auf Dauer gesichert ist. Dies wird deutlich in neuen Formen des Protektionismus. Es handelt sich dabei um Subventionsgewährung, um handelshemmende Mißbräuche interner technischer Vorschriften und Normen, um Aktionen unter dem Stichwort des „Kauf national“, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, um bilateral vereinbarte oder erzwungene einseitige Exportselbstbeschränkungen oder um staatlich gebilligte Unternehmensabsprachen mit kartellähnlicher Wirkung wie sog. „orderly marketing agreements“. Die zunehmenden Tendenzen in diese Richtung signalisieren eine Hinwendung zu Bilateralisierung und Segmentierung des Welthandels. Hier liegen deutliche Gefahren für das offene multilaterale Welthandelssystem, denen die Bundesregierung entschieden entgegentritt.

Gleiches gilt auch für subtile Formen des Protektionismus wie das Setzen industriespezifischer Ziele, das sog. „industrial targeting“, bei dem ausgehend von bestimmten Vorgaben unter administrativer Anleitung und Unterstützung sektor- oder produktbezogener Innovationen konzentriert herbeigeführt werden. Eine solche Politik führt dazu, daß einzelne Länder zumeist gerade im Bereich hochwertiger Technologien sich für ihre Industrien auf dem Weltmarkt geballte Vorteile verschaffen. Die Unternehmen können dabei in der Regel auf staatlichen Rückhalt vertrauen, wenn sich die verabredete Strategie als verfehlt herausstellen sollte. Auch kann eine solche Politik bewirken, daß im Verhältnis zur Nachfrage überdimensionierte Produktionskapazitäten aufgebaut werden, die einen entsprechenden Druck auf den Weltmärkten ausüben, was insbesondere bei Konzentrationen auf wenige Produkte und Teilmärkte beträchtliche Marktstörungen auslösen kann. Schließlich ist eine solche Politik wettbewerbspolitisch äußerst problematisch und provoziert leicht Forderungen nach Importschutz und für alle am Welthandel Beteiligten schädliche Retorsionen, wie Diskussionen in den USA zeigen. Die Bundesregierung warnt dringend vor einem internationalen Targeting-Wettlauf; die bisherigen Erfahrungen mit dem internationalen Subventionswettlauf sollten hier für alle Beteiligten eine Lehre sein.

Als Folge derartiger Entwicklungen droht die Verdrängung des unabhängigen, privaten Unternehmertums. Der Weltmarkt muß aber das Aktionsfeld von Unternehmen bleiben und darf nicht zum Schauplatz der Wirtschaftskonkurrenz von Staaten werden. Sonst würde sich das internationale ökonomische Konfliktpotential bedenklich verschärfen, mit allen sich daraus ergebenden investitions- und wachstumshemmenden Risiken.

Die Bundesregierung spricht sich auch gegen Zollerhöhungen zum Schutz sog. eigener Zukunftsindustrien aus, wie sie derzeit in der Europäischen Gemeinschaft diskutiert werden. Abgesehen von den weltweiten negativen Auswirkungen auf den

Handel würde eine solche Abkapselung auch den Technologietransfer in die Gemeinschaft erschweren. Angesichts des vitalen Interesses am Zugang zu den jeweils besten Technologien würde dies sehr schädliche Wirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit nach sich ziehen.

Der gefährlichen Erosion des offenen, multilateralen Welthandelssystems und den damit verbundenen Gefahren muß mit energischen Schritten begegnet werden. Auf der GATT-Ministertagung im November 1982, dem OECD-Ministerrat und dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg im Mai 1983 sowie bei der UNCTAD-Konferenz im Juni 1983 haben sich die Teilnehmer verpflichtet, die protektionistischen Tendenzen umzukehren. Die Bundesregierung begrüßt mit Nachdruck die Initiativen für neue Liberalisierungsschritte in der OECD und im GATT. Sie unterstützt die Vorschläge der Gemeinschaft zur beschleunigten Durchführung des in der Tokio-Runde vereinbarten Zollabbaus und zur Verminderung mengenmäßiger Beschränkungen gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern, selbst wenn diese Maßnahmen weit hinter ihren Erwartungen zurückbleiben. Diesem ersten begrenzten Schritt müssen in absehbarer Zeit umfassende Verhandlungen folgen, die sich vor allem mit den neuen Formen des Protektionismus auseinandersetzen. Die amerikanische und die japanische Regierung haben vor kurzem eine neue GATT-Verhandlungsrunde vorgeschlagen. Die Bundesregierung steht dieser Initiative mit Aufgeschlossenheit gegenüber. Sie ist davon überzeugt, daß Maßnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen, die auch den Marktzugang für Produkte der Entwicklungsländer sichern und erweitern, ein wichtiger Beitrag zur Minderung der erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten dieser Länder sind.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin für marktwirtschaftliche Lösungen in der internationalen Rohstoffpolitik und für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der internationalen Rohstoffmärkte einsetzen.

35. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen werden auch in naher Zukunft stark von anhaltenden Ungleichgewichten im Handelsbereich USA-Europäische Gemeinschaft-Japan geprägt sein. Die Bundesregierung ist nach wie vor der Meinung, daß Handelsprobleme offensiv angegangen werden müssen. Bestandteil einer Strategie im Verhältnis zu Japan müssen — zugleich mit einer stärkeren de facto Marktöffnung Japans — intensive Anstrengungen der deutschen Industrie zur Erschließung des japanischen Marktes sein. Auf der „Deutschen Leistungsschau Japan“ im Frühjahr 1984 in Tokio, die unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des japanischen Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers steht, wird die deutsche Wirtschaft zeigen, daß sie mit ihren Erzeugnissen und ihrer technischen Leistungsfähigkeit sich den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs zu stellen weiß. In einem Land, das sehr großes Verständnis für moderne Technik hat, soll die Fähigkeit demonstriert werden, technologisch neue Lösungen zu entwickeln und dem künftigen Bedarf nach neuen Produkten gerecht zu werden.

Im Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den USA wird sich die Bundesregierung um die Lösung handelspolitischer Konflikte bemühen, wie sie insbesondere im Agrarsektor und im Stahlbereich bestehen. Auch wird sie den Dialog fortsetzen, um die Gefahr einer Zunahme protektionistischer Tendenzen, ausgelöst durch das wachsende US-Außenhandelsdefizit, abzuwenden.

Die Bundesregierung wird sich unter Beachtung der Sicherheitsinteressen der westlichen Allianz weiter intensiv um die Entwicklung langfristig angelegter ausgewogener Wirtschaftsbeziehungen zu den Staatshandelsländern bemühen. Sie sieht darin einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses.

36. Beim OECD-Konsensus über öffentlich unterstützte Exportkredite konnte vor kurzem ein Kompromiß für die unbefristete Weitergeltung dieses Abkommens gefunden werden. Danach sollen künftig die Mindestzinssätze automatisch an die Marktentwicklung angepaßt werden. Das Niveau der einzuhaltenden Mindestzinssätze liegt in der Nähe des jeweiligen internationalen Marktzinsniveaus und schränkt von dieser Seite eine Verfälschung des internationalen Wettbewerbs durch einen Zins- und Konditionswettlauf ein.

Die Bundesregierung hält an ihrer Ablehnung von Exportzinssubventionen fest. Sie wird trotz der weltweit verschärften Risikolage ihre flexible Politik bei der Vergabe von Ausfuhrgewährleistungen fortführen. Um sicherzustellen, daß dieses Instrument sich im längerfristigen Ablauf ohne Subventionen selbst trägt, ist eine Anhebung der seit über 30 Jahren unveränderten Bürgschafts- und Garantienteentgelte notwendig geworden.

37. Der Ausbau der Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt und eine wirksame Hilfestellung für ihre wirtschaftliche Entwicklung sind wichtige Ziele der deutschen Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Die Einbeziehung der privaten Wirtschaft in die Entwicklungspolitik hat eine immer größere Bedeutung gewonnen. Das gemeinsame Interesse von Industrie- und Entwicklungsländern an dieser Form der Zusammenarbeit zeigt sich beispielsweise in zahlreichen Gemeinschaftsvorhaben. Die Bundesregierung unterstützt die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere um die mittelständische Wirtschaft stärker als bisher auf diesem Weg zu ermutigen.

Die Bundesregierung befürwortet einen intensivierten, sachlichen Nord-Süd-Dialog auf allen Ebenen, um damit zur wirtschaftlichen Stärkung der Entwicklungsländer, zu ihrer politischen Stabilität und Unabhängigkeit beizutragen. Dazu gehört auch die Öffnung der Märkte für Waren aus den Entwicklungsländern, nicht zuletzt durch weitere Verbesserung der Zollpräferenzen, vor allem für die am wenigsten entwickelten Länder.

Ebenso ist die Bundesregierung bestrebt, den bilateralen Dialog mit einzelnen Ländern und Länder-

gruppen der Dritten Welt zu intensivieren. Zusammen mit den anderen EG-Mitgliedstaaten bleibt sie bemüht, die wirtschaftliche Kooperation mit der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN), den Ländern Südamerikas sowie den Europäischen Arabischen Dialog auszubauen. Verhandlungsziel der Gemeinschaften bei den Verhandlungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft über eine Erneuerung des LOMÉ-Abkommens mit den Entwicklungsländern im afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP-Staaten) ist es, die Zusammenarbeit auf einige vorrangige Bereiche, insbesondere Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, zur besseren Eigenversorgung zu konzentrieren.

38. Über eine Zeichnung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung noch nicht entschieden. Die in dem Übereinkommen vorgesehene Vorbereitungskommission wird 1984 ihre Arbeiten beginnen.

Um den im Tiefseebergbau engagierten Unternehmen eine rechtliche Grundlage für ihre weitere Tätigkeit zu geben und eine unkontrollierte Ausbeutung der Meeresbodenschätze zu verhindern, hat die Bundesrepublik Deutschland, ähnlich wie andere westliche Industriestaaten, ein Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus erlassen und mit diesen Staaten eine Interimsvereinbarung abgeschlossen, die den beteiligten Unternehmen eine Abgrenzung der beantragten Lizenzen mit den anderen Partnern erlaubt.

III. Wettbewerbs- und Strukturpolitik

39. Zu einer Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung und Wachstum gehört eine Wettbewerbspolitik, welche die Steuerungsfunktion des Marktes optimal gewährleistet, ebenso wie eine Politik, die Hemmnisse für die strukturelle Anpassung der deutschen Wirtschaft nachhaltig abbaut und mehr Flexibilität für die Unternehmen schafft (vgl. auch Ziffer 15 dieses Berichts).

Wettbewerbspolitik

40. Der Wettbewerb als Steuerungsmittel ist am besten geeignet, die notwendigen strukturellen Anpassungen zu erreichen und die Märkte von morgen zu entwickeln. Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es daher vor allem, auch dort wettbewerbliche Spielräume zu erweitern, wo sie durch Maßnahmen und wirtschaftliche Aktivitäten des Staates verengt worden sind; in allen Feldern staatlicher Politik muß der Wettbewerbsgedanke wieder stärker berücksichtigt werden. Es bleibt Aufgabe der Kartellbehörden, durch volle Ausschöpfung des kartellrechtlichen Instrumentariums — auch in Krisenbranchen — die Erhaltung wettbewerblich strukturierter Märkte zu sichern und jeden Versuch einer Abschottung oder Vermachtung der Märkte abzuwehren.

Wie im vierten Hauptgutachten der Monopolkommission und im Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes 1981/82 zum Ausdruck gekommen ist, sind in letzter Zeit allgemein keine Anzeichen für ein besorgniserregendes Fortschreiten der Unternehmenskonzentration erkennbar. Durch die vierte Kartellnovelle sind die fusionskontrollrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten verschärft worden, um wettbewerbsschädlichen Konzentrationsprozessen begegnen zu können.

Allerdings bedarf es im Bereich des Handels wegen des hier vor allem im Lebensmittelhandel noch anhaltenden Konzentrationsprozesses besonderer Aufmerksamkeit. Insbesondere kommt es darauf an, unbilligen Behinderungen kleiner und mittlerer Unternehmen durch marktstarke Mitbewerber entgegenzutreten. Gegen derartige Behinderungen, die sich insbesondere im Zusammenhang mit Niedrigpreisstrategien großer Anbieter ergeben können, haben die Kartellbehörden in konsequenter Anwendung der gesetzlichen Vorschriften einzuschreiten. Anlaß für ein unter ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten bedenkliches generelles Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis oder für sonstige Regelungen, die im Ergebnis auf ein solches Verbot hinauslaufen, sieht die Bundesregierung nach wie vor nicht.

Wichtig für die wettbewerbliche Steuerung ist auch eine anbieterunabhängige Verbraucherinformation. Sie ergänzt Werbeaussagen und schafft für den Verbraucher damit die Möglichkeit zu umfassenden Leistungsvergleichen. Die Bundesregierung wird soweit zuständig die anbieterunabhängige Verbraucherinformation durch Kommunikationsmittel aller Art auch künftig im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Die Politik der Bundesregierung, im öffentlichen Bereich wettbewerbliche Prinzipien verstärkt durchzusetzen, wird sich auch auf die künftige Medienordnung und die neuen Kommunikationsmärkte erstrecken. Anzustreben ist, die Wettbewerbsbedingungen für die neuen Medien möglichst weitgehend bundeseinheitlich zu gestalten. Hierbei wird darauf zu achten sein, daß bestehende Machtpositionen im Medienbereich nicht verfestigt, sondern mit Hilfe der neuen Medien eher aufgelockert und abgebaut werden.

Mittelstandspolitik

41. Die Neubesinnung auf die marktwirtschaftliche Ordnung dient vor allem auch dem Mittelstand. Die eingeleitete Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und Innovationen stärkt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, indem sie deren Leistungs- und Anpassungsfähigkeit im Wettbewerb mit großen Unternehmen besser zur Geltung bringt. Der Mittelstand hat für die Wiedergewinnung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums und Beschäftigungsstandes sowie für die Sicherung der Berufsausbildung der in das Erwerbsleben tretenden starken Jahrgänge hohe Bedeutung. Es kommt jetzt

darauf an, daß eine stetige und verlässliche Fortführung der begonnenen Politik die Attraktivität von Selbständigkeit und Unternehmertätigkeit weiter erhöht und zusätzliche Beschäftigungsimpulse gibt. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen, die gerade auch für risikobehaftete Innovationen in Zukunftstechnologien erforderlich ist, bedarf es ausreichender Unternehmenserträge und besserer Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Risikokapital (vgl. Ziffer 23 dieses Berichts).

Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1984 sind die steuerlichen Bedingungen insbesondere für mittelständische Unternehmen verbessert worden. Das Schwergewicht der Maßnahmen liegt dabei auf der Verminderung der Vermögensteuer für Betriebe. Daneben ist speziell für kleine und mittlere Unternehmen die Möglichkeit der Sonderabschreibung in Höhe von 10 v.H. auf Anschaffungs- und Herstellungskosten für neue bewegliche Anlagegüter eröffnet worden.

Existenzgründungen sind wegen der von ihnen ausgehenden Wachstums- und Beschäftigungsimpulse besonders wichtig. Die Nachfrage nach den vom Bund geförderten Existenzgründungsprogrammen ist im vergangenen Jahr erheblich angestiegen. Insgesamt wurden 1983 durch Finanzierungshilfen des Bundes über 18 000 Existenzgründungen gefördert, mit denen über 70 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert wurden. Für das Eigenkapitalhilfeprogramm ist dies nicht zuletzt auf die 1983 verbesserten Förderkonditionen zurückzuführen. Trotz des Zwangs zur Haushaltskonsolidierung wird die Bundesregierung deshalb dieses Programm 1984 mit unverändert günstigen Konditionen fortführen; dazu werden in diesem Jahr erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Finanzierungshilfen für Existenzgründungen werden durch die Förderung von Existenzgründungsberatungen flankiert, um die Chancen von Gründern am Markt zu erhöhen.

Die Bundesregierung mißt dem Innovationspotential kleiner und mittlerer Unternehmen große Bedeutung bei. Die eingeleitete Umorientierung der Forschungspolitik in Richtung auf eine Verstärkung indirekter Förderungsmaßnahmen kommt dem spezifischen Charakter der Innovationstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen besonders entgegen.

Forschungs- und Technologiepolitik

42. Für die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft ist technischer Fortschritt unerlässlich. Dies gilt auch für die Vermeidung, Behebung und Eindämmung von ökologischen Schäden und Risiken, die sich durch die zivilisatorische Entwicklung ergeben. Vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung folgende Ansatzpunkte für ihre Forschungs- und Technologiepolitik:

- Stärkung der Grundlagenforschung;
- Forschung in Bereichen staatlicher Daseinsvorsorge (Umwelt, Klima, Gesundheit, Sicherheit);

- „Großforschung“ (Weltraumforschung, Versuchs- und Demonstrationsvorhaben im Energie- und Verkehrsbereich, Meeresforschung);
- Verbesserung der Infrastruktur und der Kooperation in der Forschung;
- Verbesserung der Ausgangs- und Rahmenbedingungen für Innovationen in der Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und für innovative Unternehmensgründungen sowie
- technologische Forschung und Entwicklung in der Industrie.

Dazu wird die Förderung der Grundlagenforschung verstärkt auf Spitzenforschung ausgerichtet. Besondere Aufmerksamkeit gilt neuen Beschäftigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für den qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs, der Wissenschaftsgeneration der neunziger Jahre.

Die direkte Vorhabenförderung im Bereich der Wirtschaft wird zunehmend auf besonders risikoreiche, aufwendige, die Privatwirtschaft überfordernde längerfristige Vorhaben sowie auf Bereiche staatlicher Daseins- und Zukunftsvorsorge (z. B. Sicherheits-, Umwelt- und Gesundheitsforschung) konzentriert. Die Bundesregierung wird andererseits die direkte Förderung einschränken und die indirekte Förderung verstärken.

Dies geschieht insbesondere durch die

- Wiedereinführung der Sonderabschreibungen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen ab 1984;
- indirekt-spezifische Komponente im Rahmen des am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Programms Fertigungstechnik zusammen mit einer Förderung der Verbundforschung;
- Ausarbeitung eines Förderkonzeptes zur Verbesserung des Technologie-Transfers aus Forschungseinrichtungen in die Industrie durch Unterstützung des Wechsels von Wissenschaftlern zwischen diesen Bereichen;
- Ausweitung der Förderung der Vertragsforschung und -entwicklung für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft; hierzu sind die Mittel verdreifacht worden;
- Unterstützung der industriellen Gemeinschaftsforschung der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF);
- Fortsetzung des Forschungs- und Entwicklungspersonalkostenzuschußprogramms für kleine und mittlere Unternehmen;
- Prüfung bis Mitte 1984, ob in Ergänzung zu dem vorstehenden Programm die Neueinstellung von Personal zur Erweiterung der vorhandenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zusätzlich gefördert werden soll.

Das in der Regierungserklärung angekündigte umfassende Konzept für die Förderung der Informationstechnik wird in Kürze vorgelegt.

Ausbau der technischen Kommunikation

43. Die Bundesregierung sieht in sicheren, leistungsfähigen und preiswerten nationalen und internationalen Nachrichtenverbindungen, die jedermann zugänglich sind, eine wesentliche Voraussetzung für mehr Wachstum der Wirtschaft, für die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung und auch für das gesellschaftliche Zusammenleben. Der weitere Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur, die Fortentwicklung bestehender und die Einführung neuer Kommunikationsdienste erfordern sowohl den Beitrag der Deutschen Bundespost als auch verstärkte Initiativen der privaten Wirtschaft.

Wichtige Impulse für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der gesamten Wirtschaft gehen von der Digitalisierung der Fernmeldenetze, dem zunächst im Fernnetz eingesetzten Glasfaserkabel, der Entwicklung eines deutschen Fernmeldesatelliten, von Rundfunksatelliten sowie von der Öffnung des Bildschirmtextes für die Allgemeinheit im Frühjahr 1984 und der Errichtung von Breitbandverteilnetzen aus.

Die Bundesregierung wird die Errichtung von Breitbandverteilnetzen entsprechend der Nachfrage nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zügig vorantreiben. Damit werden auch die technischen Voraussetzungen für die Verbesserung der Meinungsvielfalt in den Medien erweitert. Die Nachfrage nach Kabelanschlüssen zur Ton- und Fernseh-Rundfunkversorgung wird — neben den Kosten — wesentlich von der Anzahl der empfangbaren Programme bestimmt. Zur Heranführung dieser Programme müssen von der Deutschen Bundespost die technischen Anlagen, z. B. Richtfunkverbindungen, Satelliten und Satellitenempfangstationen, rechtzeitig errichtet werden. Zusätzliche Programme, die für die Steigerung der Akzeptanz bei den privaten Haushalten sehr wichtig sind, können in den Jahren 1984/85 mit Hilfe von Verteilsatelliten bereitgestellt werden. Die weitere Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, daß die Bundesländer an dieser wichtigen Infrastrukturaufgabe mitwirken und die medienrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.

Große wirtschaftspolitische Bedeutung kommt einer privaten Betätigung und privaten Investitionen beim Aufbau lokaler Breitbandverteilnetze zu. Für die Zusammenarbeit mit privaten Investoren hat die Deutsche Bundespost gemeinsam mit Interessenten mehrere Kooperationsmodelle entwickelt, die z. Z. im Versuch erprobt werden.

Stahlpolitik

44. Der europäische Stahlmarkt unterliegt seit Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 einem besonderem Regime, unter dem die Kommission und der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften an der Setzung der Rahmenbedingungen für den Stahlmarkt in Europa mitwirken.

Trotz verstärkter Krisenmaßnahmen und gebesserter Konjunktur blieb der Stahlmarkt 1983 äußerst labil. Die Rückkehr zu mehr Wirtschaftswachstum und höheren Investitionen wird auch für die Anpassung der Stahlindustrie Erleichterungen bringen. Es wäre aber verfehlt, hiervon allein die Wiederherstellung einer wettbewerbsfähigen europäischen Stahlindustrie zu erwarten. Die Konkurrenz anderer Produkte und der Wettbewerb mit neuen Produzenten zeigen, daß die Kapazitäten in der europäischen Stahlindustrie nicht im heutigen Umfang aufrechterhalten werden können. Es wird nicht möglich sein, die Erhaltung jedes einzelnen Stahlstandortes und noch weniger jedes einzelnen Stahlarbeitsplatzes zu gewährleisten. Diese Beurteilung der Lage deckt sich weitgehend mit der Auffassung des Rates. Er bestätigt auch die Grundlinien der Stahlpolitik, von denen sich die Bundesregierung auf nationaler wie auf europäischer Ebene leiten läßt (vgl. Ziffer 515 ff. JG).

Die Bundesregierung ist bereit, ihren Beitrag zur Abfederung der Anpassungslasten entsprechend den Grundsätzen ihrer sektoralen Strukturpolitik zu leisten. Das bedeutet:

- Die Sanierung bleibt Aufgabe der Unternehmen. Alle Beteiligten — auch Eigentümer, Banken und Arbeitnehmer — müssen angemessene Beiträge leisten.
- Die Wiedereingliederung der Stahlindustrie in den Wettbewerb auf einem offenen Weltmarkt muß mit Nachdruck angestrebt werden. Auch dies erfordert einen konsequenten Abbau der innerhalb Europas und auf Teilen des übrigen Weltmarktes entstandenen wettbewerbsverzerrenden Eingriffe.
- Staatliche Unterstützung kann nur vorübergehend gewährt und muß als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden.
- Die regionalen Sonderprogramme — wie das Stahlstandortprogramm und das regionale Sonderprogramm für Bremen — sollen für die betroffenen Regionen Entlastung schaffen.

Für den europäischen Stahlmarkt heißt dies, daß ein fester Zeitplan bis zur Wiederherstellung unverfälschter Wettbewerbsbedingungen von den Unternehmen und den Mitgliedstaaten eingehalten werden muß. Hier ist mit dem Ende des Jahres 1985 auf europäischer Ebene ein klares Datum gesetzt.

Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene weiterhin nachdrücklich dafür einsetzen, daß der Subventionswettbewerb beendet wird; denn private Unternehmen können nicht gegen Staatshaushalte konkurrieren. In der Bundesrepublik Deutschland sind die finanziellen Hilfen von Bund und Ländern für die Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie zwischen 1983 und 1985 — ohne die besonders begründeten Saarlilien — auf etwa 3 Mrd. DM begrenzt. Die Bundesregierung erwartet, daß andere Regierungen und die Kommission sich ähnliche Beschränkungen auferlegen, um das Hauptziel der gemeinschaftlichen Stahlpolitik, nämlich die Rückkehr zu unverfälschten Marktbe-

dingungen, zu gewährleisten. Sie hat dies mit ihrer Klage beim Europäischen Gerichtshof gegen Beihilfeentscheidungen der Kommission zugunsten von Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien unterstrichen. Sie wird sich auch künftig dafür einsetzen, daß ein durch extreme Beihilfen in anderen Ländern massiv verzerrter Wettbewerb nicht dazu führt, daß deutschen Unternehmen Marktanteile wegen solcher Subventionen verlorengehen. Um solche Verlagerungen rückgängig zu machen und zukünftig zu verhindern, wurde das Krisensystem der Gemeinschaft erweitert. Die Einhaltung der traditionellen Handelsströme soll durch Sanktionsmechanismen sichergestellt werden. Zudem gelten jetzt für bestimmte Stahlerzeugnisse Mindestpreise. Es wird darauf zu achten sein, daß diese Maßnahmen auch wirksam durchgesetzt werden. Sollten die subventionsbedingten Wettbewerbsverzerrungen in der Europäischen Gemeinschaft nicht alsbald und dauerhaft abgebaut werden, so wird dadurch der finanzielle Handlungsspielraum der Bundesregierung bei der Lösung der anderen anstehenden Fragen im Rahmen der Gemeinschaft entscheidend eingengt.

Es müssen aber auch die Zusammenhänge mit den nachgelagerten Verarbeitungsbereichen gesehen werden. Für die Bundesrepublik Deutschland als exportintensives Stahlverarbeitungsland ist es wichtig, daß die Stahlpolitik nicht die Wettbewerbsbedingungen der Weiterverarbeiter über ein verkraftbares Maß hinaus beeinträchtigt. Soweit das erweiterte Instrumentarium ein einheitliches, mit dem Weltmarkt verträgliches Stahlpreisniveau in der Gemeinschaft sichern hilft, dient es auch dem Interesse der deutschen stahlverarbeitenden Industrie an einer leistungsfähigen Stahlindustrie.

Energiepolitik

45. Aufgabe der Energiepolitik bleibt es, dazu beizutragen, daß sich unsere Volkswirtschaft an die veränderte internationale energiewirtschaftliche Situation anpaßt. Die nun schon seit einiger Zeit entspannte Situation auf den Mineralölmärkten, die ausgewogenere Verteilung der deutschen Bezugsquellen sowie der Rückgang des Ölanteils an der heimischen Energieversorgung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor bei Erdöl, das den größten Anteil an der Energieversorgung hat, fast vollständig vom Import abhängig ist. Das Energiepreisniveau ist im Vergleich zu den 70er Jahren hoch. Schwerpunkte der Energiepolitik sind deshalb auch 1984 Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung, Nutzung der heimischen einschließlich der erneuerbaren Energiequellen, Verminderung der Ölabhängigkeit und Diversifizierung des Energieangebotes. Die bisherige Entwicklung bestätigt — auch nach den jüngsten Ergebnissen der Strukturberichterstattung —, daß diese Energiepolitik der Bundesregierung richtig angesetzt ist und wirkt.

Zur besseren Ausschöpfung des Einsparpotentials, das mit der Nutzung erneuerbarer Energiequellen

und der Fernwärme verbunden ist, werden weiterhin neue heizenergiesparende Technologien und der Anschluß privater Haushalte an die Fernwärme steuerlich gefördert. Darüber hinaus wird die Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet weiter unterstützt.

Die Bundesregierung wird an ihrer bisherigen Kohlepolitik festhalten. Sie hat im Oktober 1983 in Verhandlungen mit allen Beteiligten die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der deutschen Steinkohle festgelegt und dabei klargestellt, daß auch die Kohlepolitik die Knappheit der öffentlichen Mittel berücksichtigen muß. Sie geht davon aus, daß der 15-Jahresvertrag zur Verstromung der deutschen Kohle verwirklicht wird. Die Bundesregierung verkennt nicht die damit verbundenen Lasten. Um so mehr begrüßt sie, daß die Länderwirtschaftsministerkonferenz nach ihrem Beschluß vom 24. November 1983 den Vertrag nicht in Frage stellt und sich die Verbände der Elektrizitätswirtschaft zu dem Vertrag bekennen. Bundesregierung, Bergbauländer, Steinkohlenbergbau und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie sind sich aber einig, daß der vor allem mit dem Absatzrückgang an die europäische Stahlindustrie verbundene strukturelle Kapazitätsüberhang abgebaut werden muß. Die notwendigen Umweltmaßnahmen erschweren und verteuern den Einsatz der Kohle; andererseits ist der konsequente Einsatz emissionsmindernder Technik wichtig für eine umweltfreundliche Kohleverwendung. Die Exportlieferungen sind nicht kostendeckend und stellen keinen Beitrag zur Sicherung der heimischen Energieversorgung dar. Die Unternehmen müssen sich deshalb darauf einstellen, daß Kohleexporte längerfristig nicht mehr subventioniert werden.

Die Bundesregierung stimmt mit dem Rat überein, daß die Sicherung der heimischen Energieversorgung ein wesentliches Ziel der Kohlepolitik ist. Sie hält es ebenfalls für notwendig, daß im Bergbau durch Kosteneinsparungen die volkswirtschaftlichen Lasten der Kohlepolitik verringert werden. Allerdings müssen dabei auch regional-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Eine verantwortungsvolle Energiesicherungspolitik muß für den Fall längerfristiger Versorgungsengpässe Vorsorge treffen. Hierfür würde die vom Rat dem Bergbau zugedachte Sicherheitsprämie, die sich an den Kosten eines alternativ anzulegenden Vorratslagers ausrichten soll, kaum ausreichen (vgl. Ziffern 535 ff. JG). Die im Gutachten zur Diskussion gestellte Umstellung des bestehenden Fördersystems für die Kohle auf eine einheitliche Prämie pro Tonne Förderung dürfte den unterschiedlichen Gegebenheiten der Kohleförderung von den natürlichen Lagerstättenverhältnissen her und den differierenden Bedingungen in den verschiedenen Einsatzbereichen der Kohle nicht gerecht werden. Diese Vorstellungen müßten auf eine Kündigung langfristiger Verträge hinauslaufen und je nach gewählter Prämienhöhe einen nicht vertretbaren Schrumpfungsprozeß des deutschen Steinkohlenbergbaus einleiten. Die Bundesregierung hält des-

halb an dem differenzierten System allgemeiner und spezieller Kohlehilfen fest.

Geringerer Energieverbrauch und Änderungen in der Zusammensetzung des Verbrauchs setzen auch andere Energieträger Anpassungszwängen aus. Der Kapazitätsabbau in der Mineralölwirtschaft muß sich dabei wie bisher ohne staatliche Abstützung vollziehen. Die Bundesregierung wird jedoch darauf achten, daß die Verringerung der Raffineriekapazitäten nicht aufgrund von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen in anderen Ländern einseitig zu deutlichen Lasten erfolgt.

Die Bundesregierung hält den steigenden Beitrag der Kernenergie im Hinblick auf ein kostengünstiges Stromangebot für erforderlich. Entsprechend den energiepolitischen Zielen werden beim Erdgas die Bemühungen um eine Diversifizierung der Bezugsquellen fortgesetzt.

Umweltpolitik

46. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Überzeugung, daß dauerhafte Erfolge im Umweltschutz am ehesten auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft erreichbar sind. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz stellen keinen Gegensatz dar, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zukunftsorientiert auf die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hin gestaltet werden, wenn alle in der Gesellschaft ihrer Verantwortung für eine gesunde Natur, für Boden, Wasser und Luft gerecht werden und wenn sie auch bereit sind, die Kosten, die wirksamer Umweltschutz verursacht, mitzutragen. Zu einer vorsorgenden Umweltpolitik gehören auch verstärkte Anstrengungen in der ökologischen Forschung und bei der Entwicklung von fortschrittlichen Verfahren, welche die Emission von Schadstoffen vermindern oder ganz ausschließen.

Es kommt, wie auch der Sachverständigenrat hervorhebt, zunehmend darauf an, mit mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz mehr und konsequenteren Umweltschutz in einer leistungsfähigen Wirtschaft zu erreichen (vgl. Ziffern 504 ff. JG). Stärkung des Eigeninteresses der Wirtschaft am Umweltschutz und wirtschaftliche Belohnung umweltfreundlichen Verhaltens sollen einhergehen mit der Notwendigkeit, umweltfeindliche Produktionsverfahren, die sich nicht mehr lohnen dürfen, zu ändern. Die vorurteilslose Prüfung der Möglichkeiten, verstärkt ökonomische Instrumente im Umweltschutz einzusetzen, schließt keine Lösung von vornherein aus. Ohne die Vorgabe von Grenzwerten und rechtlichen Rahmendaten kommt wirksamer Umweltschutz allerdings nicht aus. Konkrete Vorschläge der Wirtschaft selbst wird die Bundesregierung bei der Suche nach den jeweils geeignetsten Instrumenten sorgfältig prüfen.

Die Bundesregierung schätzt dabei die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft hoch ein, berücksichtigt allerdings auch, daß zur Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen ausreichende Fristen notwendig sind. Sie hält die Kosten im Zusammenhang mit

der Anwendung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung oder bei der Umstellung auf bleifreies Benzin und auf umweltfreundliche Kraftfahrzeuge mit niedrigen Abgasgrenzwerten angesichts der bereits eingetretenen und der noch drohenden Schäden an hohen volkswirtschaftlichen und kulturellen Werten für vertretbar.

Auch im Bereich des Handels muß ein wirksamer Umweltschutz gewährleistet sein. Staatliche Eingriffe in den Verpackungsmarkt sind entbehrlich, wenn sich die freiwilligen Zusagen der Wirtschaft hinsichtlich von Mehrwegverpackungen bewähren.

Für Beratungen im Zusammenhang mit der Durchführung betrieblicher Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere von Investitionen, gewährt die Bundesregierung im Rahmen der Förderung von Unternehmensberatungen für kleine und mittlere Unternehmen Bundeszuschüsse.

Spürbar wirksamer Umweltschutz erfordert — nicht zuletzt wegen des freien Wirtschaftsverkehrs — international gemeinsames und vor allem europäisches Vorgehen. Die Bundesregierung setzt sich deshalb für mit den Partnern abgestimmte Umweltmaßnahmen ein. Sie baut dabei auch auf die beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vereinbarte verstärkte Zusammenarbeit im Umweltschutz. Für den 24. bis 27. Juni 1984 bereitet die Bundesregierung eine Konferenz in München mit etwa 40 Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen aus Ost und West vor, auf der Konzeptionen und Strategien zur Verminderung der Luftverschmutzung erörtert werden sollen. In diesem Zusammenhang begrüßt sie die Bereitschaft verschiedener Staatshandelsländer wie z. B. der UdSSR und der CSSR, über Möglichkeiten für eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in Fragen des Umweltschutzes zu sprechen.

Regionale Strukturpolitik

47. Zur Erleichterung des Strukturwandels, zur Verbesserung der regionalen Wachstumsbedingungen und zur Entlastung der regionalen Arbeitsmärkte tragen Bund und Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ verstärkt bei. Das Zonenrandgebiet wird wie bisher bevorzugt gefördert, um seine wirtschaftlichen Nachteile aus der Teilung Deutschlands und aus seiner Randlage zu den Wirtschaftszentren der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen.

Zur regionalpolitischen Flankierung der schwerwiegenden Anpassungsprozesse in der Bremer Schiffbau- und Stahlindustrie hat der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur ein bis zum 31. Dezember 1987 befristetes Sonderprogramm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für die Arbeitsmarktreion Bremen beschlossen. Durch Investitionsanreize für die gewerbliche Wirtschaft und Zuschüsse zu Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur soll außerhalb der krisenbedrohten Sektoren Schiffbau und Eisen- und Stahlindustrie

die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen erleichtert werden. Mit ihrer aktiven Unterstützung dieses regionalpolitischen Sonderprogramms macht die Bundesregierung deutlich, daß sie sich beim Auftreten schwerwiegender sektoraler Anpassungsprobleme in erster Linie um eine Umstrukturierung der belasteten Region hin zu wettbewerbsfähigen Aktivitäten bemüht, statt auf Subventionen zur Erhaltung der vom Strukturwandel bedrohten Unternehmen zurückzugreifen, durch die der Strukturwandel verzögert und der Wettbewerb — häufig auch gerade zu Lasten leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen — verzerrt würde. In besonders schwerwiegenden Fällen muß darüber hinaus jeweils geprüft werden, inwieweit — möglichst in einem koordinierten Gesamtkonzept — durch Maßnahmen der Infrastruktur, der Ausbildung der Jugendlichen und der Qualifizierung der Arbeitnehmer sowie durch andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Umstrukturierungsprobleme erleichtert werden können.

Nachdem der Bundesanteil an den Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe bereits 1983 gegenüber 1982 um 25 Mio. DM aufgestockt wurde, stellt der Bund auch für 1984 zusätzliche Haushaltsmittel für Investitionsanreize im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung. Der Bundesanteil am Baransatz der Gemeinschaftsaufgabe beträgt 1984 295 Mio. DM gegenüber 269,25 Mio. DM im Vorjahr. Darin sind 10 Mio. DM für das regionalpolitische Sonderprogramm in der Arbeitsmarktreion Bremen und 9,25 Mio. DM für das Sonderprogramm „Saarland-Westpfalz“ enthalten.

Zur Revision der EG-Regionalpolitik hat die EG-Kommission auf der Grundlage ihres Berichts über Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz der Strukturfonds nunmehr einen neuen Verordnungsvorschlag vorgelegt. Die Bundesregierung wird an ihren Zielen zur Reform der gemeinschaftlichen Regionalpolitik festhalten: Um zu erhöhter Effizienz zu gelangen, müssen die Fondsmittel stärker auf die schwächsten Regionen konzentriert und die sachlichen Verwendungszwecke vorrangig auf die Förderung von gewerblichen, arbeitsplatzschaffenden Investitionen ausgerichtet werden.

Wirtschaftsförderung Berlin

48. Die Anfang 1983 angelaufene Umstrukturierung der Berliner Umsatzsteuerpräferenzen, die Produktionen mit mehr und höherwertigen Arbeitsplätzen anregen soll, und die zusätzlichen Investitionen westdeutscher Großunternehmen im Gefolge der Berliner Wirtschaftskonferenz unter Vorsitz des Bundeskanzlers vom Dezember 1982 dürften 1984 und darüber hinaus die Wirtschaftsentwicklung in Berlin zukunftsorientiert stärken. Im

Herbst 1984 ist eine weitere Wirtschaftskonferenz in Berlin beabsichtigt. Von ihr werden zusätzliche Impulse zur Steigerung der Wirtschaftskraft erwartet. Unterstützt wird dies durch die Unterzeichnung eines kommerziellen Vertrages zur Lieferung sowjetischen Erdgases nach Berlin, wodurch die Stadt ab 1985 an ein umweltfreundliches Gasverbundnetz angeschlossen wird.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

49. Die Bundesregierung betrachtet den innerdeutschen Handel als ein wichtiges Element der Zusammenarbeit mit der DDR und als wesentlichen Teil der besonderen innerdeutschen Beziehungen. Sie ist daran interessiert, die Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des Berliner Abkommens und seiner Zusatzvereinbarungen, in die Berlin voll eingebunden ist, zu intensivieren und damit auch die Kontakte und Bindungen zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten weiter zu stärken. Nach der insgesamt positiven Entwicklung des innerdeutschen Handels im vorigen Jahr wird es 1984 darauf ankommen, das derzeitige Ungleichgewicht zwischen den Lieferungen und Bezügen wieder zu verringern. Außerdem sollte über den Warenaustausch hinaus die wirtschaftliche Zusammenarbeit, z. B. auf dem Gebiet der Lizenz- und Gestattungsproduktion, ausgebaut werden, damit mehr DDR-Waren auf unserem Markt abgesetzt werden können und die Struktur von Lieferungen und Bezügen verbessert wird.

Strukturberichterstattung

50. Die im Rahmen der Strukturberichterstattung kürzlich vorgelegten Berichte der Wirtschaftsforschungsinstitute zur strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft enthalten stärker als bei der ersten Berichtsrunde aus dem Jahre 1980 eine Vielzahl von wirtschaftspolitisch relevanten Informationen und Empfehlungen für die Gestaltung der Strukturpolitik. Die Bundesregierung wird das umfangreiche Material zügig auswerten, mit den Ländern, den Verbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften erörtern und gegenüber dem Deutschen Bundestag bis zum Sommer Stellung beziehen.

In einer dritten Berichtsrunde sollen von 1984 bis 1987 bisherige Strukturuntersuchungen fortgesetzt und vertieft werden. Dabei sollen schwerpunktmäßig auch neue Aspekte des nationalen und internationalen Strukturwandels sowie der Rolle der staatlichen Strukturpolitik aufgegriffen werden.

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1983¹⁾ sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die im Jahreswirtschaftsbericht 1983 geäußerte Erwartung, das Bruttosozialprodukt werde im Jahresverlauf real wieder deutlich zunehmen, hat sich bestätigt. Da die Aufwärtsentwicklung aus der Rezession früher als unterstellt einsetzte, ging das Jahresergebnis für das Wachstum sogar noch über die Projektionsvorstellungen hinaus. Im Jahresdurchschnitt 1983 konnte so — nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes — ein Anstieg des Bruttosozialprodukts von real 1,2 v.H. (Bruttoinlandsprodukt real +1,0 v.H.) erzielt werden. Vor einem Jahr war noch davon ausgegangen worden, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion nach Aufholen des rezessionsbedingten negativen Überhangs aus dem Jahre 1982 im Jahresdurchschnitt 1983 das Vorjahresniveau nur wieder erreichen werde. Die im Jahreswirtschaftsbericht erwartete Verlaufsrate für das Bruttosozialprodukt von real +2 1/2 v.H. wurde realisiert. Im 4. Quartal 1983 dürfte das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau um rd. 2 1/4 v.H. über dem Tiefpunkt im 4. Quartal 1982 gelegen haben. (Die Industrieproduktion dürfte ihr Vorjahresniveau im 4. Quartal um 5 bis 6 v.H. übertroffen haben.) Damit ergibt sich für dieses Jahr im Gegensatz zu den drei Vorjahren wieder ein positiver Überhang. Die Ausgangsposition für das Wachstum 1984 ist damit ungleich günstiger als in den Vorjahren.

Noch deutlicher als für das Sozialprodukt ging das tatsächliche Ergebnis bei der Inlandsnachfrage über die Projektionsvorstellungen hinaus. Eine günstigere Entwicklung ergab sich vor allem beim Privaten Verbrauch, der Lagerbildung und den Ausrustungsinvestitionen der Wirtschaft. Vom Außenbeitrag gingen dagegen — anders als erwartet — kontraktive Wirkungen aus, da die Ausfuhr trotz Belebung in der zweiten Jahreshälfte real zurückging, während die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen stagnierte. Diese Entwicklung ergab sich, obwohl der konjunkturelle Erholungsprozeß für die Gesamtheit der westlichen Industrieländer, vor allem aber in Nordamerika, früher und stärker als vor Jahresfrist erwartet einsetzte, so daß — nach Schätzungen der OECD — das Sozialprodukt im OECD-Bereich 1983 um ca. 2 bis 2 1/2 v.H. zunahm.

2. Die günstigere Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion ging mit einer entsprechend höheren Zunahme der Produktivität einher. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen nahm um 2,7 v.H. zu (Jahresprojektion: +1 1/2 bis 2 v.H.). Die Zahl der Erwerbstätigen war im Jahresdurchschnitt um rd. 440 Tsd. oder 1,7 v.H. niedriger als im

Jahr zuvor und hielt sich damit im Rahmen der Jahresprojektion (–400 bis 450 Tsd. oder –1 1/2 bis 2 v.H.). Hiervon entfiel allerdings mit einer Abnahme um rd. 430 Tsd. ein deutlich höherer Anteil auf die beschäftigten Arbeitnehmer als erwartet; die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahm nämlich — entgegen den Erwartungen und den bis dahin über Jahre hinweg vorherrschenden Tendenzen — kaum noch ab. In der Jahresprojektion 1983 war davon ausgegangen worden, daß der Beschäftigtenabbau im Verlauf des Jahres gebremst werden kann. Dies hat sich so bestätigt: Gegen Jahresende dürfte die Zahl der Beschäftigten nicht mehr abgenommen haben; der noch deutlich negative Abstand zum entsprechenden Vorjahresniveau ist ausschließlich durch den vorangegangenen starken Rückgang bedingt. Die Arbeitslosenzahl stieg im Jahresdurchschnitt weniger als vor einem Jahr angenommen, und zwar um rd. 425 Tsd. auf 2,258 Mio. Die Arbeitslosenquote fiel infolgedessen mit 9,1 v.H. (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) bzw. 8,1 v.H. (bezogen auf alle Erwerbspersonen) ebenfalls niedriger aus, als in der Jahresprojektion zugrundegelegt worden war (rd. 9 1/2 v.H. bzw. rd. 8 1/2 v.H.). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich dabei im Verlauf nicht nur deutlich verlangsamt und ist allmählich zum Ende gekommen; ab Herbst 1983 kam es sogar saisonbereinigt wieder zu einer Abnahme um rd. 90 Tsd. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war damit spürbar besser, als dies wegen der ungünstigen demographischen Voraussetzungen vor einem Jahr noch für wahrscheinlich gehalten wurde.

3. Auch die Preisentwicklung verlief günstiger, als vor Jahresfrist erwartet worden war. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung verteuerte sich, gemessen am Preisindex für das Bruttosozialprodukt, im Jahresdurchschnitt um 3,2 v.H. (Jahresprojektion: +rd. 3 1/2 v.H.). Da die Einfuhrpreise entgegen den Erwartungen nicht anstiegen, blieb die Preisentwicklung für die Güter und Dienstleistungen der inländischen Verwendung und damit auch der privaten Lebenshaltung noch deutlicher hinter den Ansätzen der Jahresprojektion zurück. Sie verlief hauptsächlich wegen des Rückgangs der Ölpreise zu Beginn des Jahres über Erwarten günstig. Trotz nochmaliger erheblicher Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar um fast 5 v.H. im Jahresdurchschnitt gingen die Preise für importierte Rohstoffe einschl. Erdöl fühlbar zurück. Auch die abermals deutliche Aufwertung der D-Mark gegenüber den am Europäischen Währungssystem beteiligten Währungen trug zu der schwachen Einfuhrpreisentwicklung und damit dem nur geringen Preisanstieg im Inland bei. Die hinter den Erwartungen zurückgebliebene gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung dürfte außerdem im Zusammenhang mit der schwächeren Steigerung der Lohnkosten je Produktseinheit stehen, auf die sich die Produktivitätsfortschritte günstig auswirkten. Insgesamt lag das Preisniveau für die inländische Güterverwendung nur um 2,6 v.H. höher als ein Jahr zuvor (Jahrespro-

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1983 der Bundesregierung (Drucksache 9/2400)

jektion: + rd. $3\frac{1}{2}$ v.H.); die Verbraucherpreise stiegen um 3,0 v.H. (Jahresprojektion: + rd. 4 v.H.). Diese günstigere Entwicklung trug maßgeblich dazu bei, daß der Anstieg des Privaten Verbrauchs real höher ausfiel als in der Projektion zugrunde gelegt.

4. Die gegenüber den Ansätzen der Jahresprojektion um gut 1 v.H.-Punkt höhere reale Sozialproduktszunahme und der um knapp $\frac{1}{2}$ v.H.-Punkt geringere gesamtwirtschaftliche Preisanstieg ergeben eine Zunahme des nominalen Brutto sozialprodukts von 4,5 v.H. (Jahresprojektion: rd. $3\frac{1}{2}$ v.H.).

Auf der Verwendungsseite schlägt sich dies in einem stärkeren Anstieg des Privaten Verbrauchs und der privaten Investitionen nieder, während die staatliche Endnachfrage und der Außenbeitrag schwächer als projiziert ausfielen. Die kräftigere Zunahme des Privaten Verbrauchs um nominal 4,0 v.H. (Jahresprojektion: + 2 bis 3 v.H.) geht teilweise auf ein stärker gestiegenes verfügbares Einkommen der privaten Haushalte zurück, zum größten Teil resultiert sie aber aus einem Rückgang der Sparquote. Dagegen blieb der Staatsverbrauch mit einem nominalen Anstieg um 2,3 v.H. (Jahresprojektion: + $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ v.H.) hinter den Erwartungen zurück. Ursächlich hierfür war die gedämpfte Ausgabenentwicklung beim Sachaufwand sowohl bei den Gebietskörperschaften als auch für die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich. Der Anstieg der Anlageinvestitionen, der in der Jahresprojektion mit $3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ v.H. veranschlagt worden war, blieb mit 4,1 v.H. innerhalb der Spanne. Während dabei die Investitionen der Unternehmen die Projektionsansätze deutlich übertrafen, nahmen die öffentlichen Investitionen noch stärker als projiziert ab. Da die Verteuerung der Anlageinvestitionen schwächer als erwartet ausfiel, wurde das Projektionsergebnis in realer Betrachtung deutlich übertroffen. Einen recht starken Wachstumsbeitrag lieferten die Vorratsveränderungen. Sie betragen nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 20 Mrd. DM und fielen somit um 13 Mrd. DM höher als im Vorjahr aus; in der Jahresprojektion war dagegen nur eine Ausweitung der Lageraufstockung um bis zu 3 Mrd. DM erwartet worden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich statistisch nicht zuordenbare Restgrößen in der Regel in der Vorratsveränderung niederschlagen.

Insgesamt nahm damit die Inlandsnachfrage um 4,5 v.H. zu (Jahresprojektion: + $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ v.H.). Der nominale Außenbeitrag (Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland) blieb mit + 39,7 Mrd. DM zwar innerhalb der Spanne der Jahresprojektion (+ 36 bis + 40 Mrd. DM); dabei ist jedoch zu sehen, daß der Außenbeitrag für das Basisjahr 1982 inzwischen deutlich nach oben korrigiert worden ist. Auch der Leistungsbilanzüberschuß blieb mit rd. $8\frac{1}{2}$ Mrd. DM innerhalb der projizierten Marge von 5 bis 10 Mrd. DM.

5. Aufgrund des über den Projektionsansatz hinausgegangenen Anstiegs des nominalen Sozialprodukts war auch die Zunahme des Volkseinkommens mit 4,2 v.H. stärker als erwartet (Jahresprojektion: + $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ v.H.). Diese kräftigere Aus-

weitung floß ausschließlich den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu, die sich um 11,9 v.H. ausweiteten (Jahresprojektion: + 5 bis 6 v.H.); dagegen blieb der Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 1,5 v.H. an der Untergrenze der projizierten Marge von + $1\frac{1}{2}$ bis + $2\frac{1}{2}$ v.H. Dabei erreichte die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer mit 3,3 v.H. in etwa den Projektionsansatz (+ rd. $3\frac{1}{2}$ v.H.), doch blieb die Zahl der unselbständig Beschäftigten hinter den Erwartungen zurück. Aufgrund der deutlicheren Scherenbildung der Einkommensverteilung zugunsten der allerdings als Restgröße ermittelten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ging die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote am Volkseinkommen um $1\frac{1}{2}$ v.H.-Punkte auf 68,6 v.H. zurück.

6. Die Ausweitung der Ausgaben von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung blieb mit 2,8 v.H. knapp unterhalb der projizierten Spanne von 3 bis 4 v.H. Dabei nahm der Staatsverbrauch um + 2,3 v.H. zu (Jahresprojektion: + $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ v.H.), während sich die öffentlichen Investitionen unerwartet stark um 6,7 v.H. verringerten (Jahresprojektion: - 2 bis - 3 v.H.). Die Einkommens- und Vermögensübertragungen des Staates — auf sie entfällt mehr als die Hälfte aller staatlichen Ausgaben — stiegen mit 4,3 v.H. im Rahmen der Erwartungen (Jahresprojektion: + 4 bis + 5 v.H.). Der Anstieg der Einnahmen entsprach mit 3,8 v.H. insgesamt der Obergrenze der Jahresprojektion (+ 3 bis + 4 v.H.). Dabei entwickelten sich parallel zur günstigeren Wirtschaftsentwicklung die Steuern mit + 4,6 v.H. und die sonstigen Einnahmen mit 5,9 v.H. kräftiger als erwartet (Jahresprojektion: jeweils + 3 bis + 4 v.H.), während der Anstieg der Sozialbeiträge mit 2,2 v.H. (Jahresprojektion: + 3 bis + 4 v.H.) wegen der schwächeren Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme und in ihrem Ausmaß nicht erwarteter Senkungen von Krankenkassenbeiträgen die Projektionsansätze unterschritt.

Das Finanzierungsdefizit (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) fiel mit rd. 49,6 Mrd. DM nicht nur schwächer als erwartet aus, sondern war auch niedriger als im Vorjahr. Sein Anteil am Brutto sozialprodukt ging auf 3,0 v.H. zurück. Während sich das Defizit der Gebietskörperschaften verringerte, nahm die Überschussposition der Sozialversicherung ab, wobei beide Bewegungen ausgeprägter waren, als vor Jahresfrist angenommen wurde.

7. Neben dem geringeren staatlichen Finanzierungsbedarf hat sich — bei annähernd gleichem Außensaldo — das Finanzierungsdefizit im Unternehmenssektor (einschl. Wohnungswirtschaft) erwartungsgemäß deutlich verringert. Die Bruttoinvestitionen (einschl. Lagerbildung) nahmen zwar deutlich zu, doch ging die gesunkene Sparquote der privaten Haushalte mit einer verbesserten Ertragsentwicklung einher, so daß auch die zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung stehenden eigenen Mittel der Unternehmen (nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen und Vermögensübertragungen) kräftig anstiegen.

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung
 Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
 in %

	Ø 1960/ 1970	Ø 1970/ 1980	1980	1981	1982	1983	1983						
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾ ..	+2,5	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6
Belgien	+3,0	+ 7,4	+ 6,6	+ 7,6	+ 8,7	+ 7,7	+ 8,7	+ 7,6	+ 7,6	+ 6,8	+ 6,5	+ 6,9	+ 7,2
Dänemark	+5,6	+ 9,8	+12,3	+11,7	+10,1	+ 6,9	+ 8,5	+ 7,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 5,3	+ 5,5	+ 6,0
Frankreich	+4,1	+ 9,6	+13,6	+13,4	+11,8		+ 9,3	+ 9,0	+ 9,7		+10,4	+ 9,8	
Griechenland ..	+2,1	+14,3	+24,9	+24,5	+21,0		+21,0	+20,9	+20,0		+20,8	+19,8	
Großbritannien	+4,1	+13,7	+18,0	+11,9	+ 8,6		+ 4,9	+ 3,9	+ 4,6		+ 5,0	+ 4,8	
Irland	+4,6	+13,7	+18,2	+20,4	+17,2	+10,5	+12,5	+ 9,2	+ 9,9	+10,3		+10,3 ²⁾	
Italien	+4,0	+13,8	+21,2	+19,5	+16,5	+14,8	+16,1	+16,0	+13,9	+13,2	+13,1	+12,8	+13,8
Luxemburg	+2,6	+ 6,6	+ 6,3	+ 8,1	+ 9,4	+ 8,7	+ 9,8	+ 8,6	+ 8,3	+ 8,1	+ 8,4	+ 7,9	+ 8,0
Niederlande ...	+4,3	+ 7,4	+ 7,0	+ 6,7	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9
Finnland	+4,9	+11,1	+11,6	+12,0	+ 9,3		+ 8,0	+ 8,2	+ 8,9		+ 9,1	+ 9,9	
Norwegen	+4,5	+ 8,4	+10,9	+13,6	+11,3		+ 9,8	+ 9,0	+ 7,7		+ 7,5	+ 7,0	
Österreich	+3,6	+ 6,3	+ 6,4	+ 6,7	+ 5,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,8
Portugal	+4,5	+18,6	+16,6	+20,0	+22,7		+20,8	+20,8	+26,2		+30,1	+32,0	
Schweden	+4,0	+ 9,2	+13,7	+12,1	+ 8,6	+ 9,0	+ 8,9	+ 8,6	+ 9,2	+ 8,9	+ 8,8	+ 8,6	+ 9,2
Schweiz	+3,3	+ 5,0	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,6	+ 3,0	+ 4,8	+ 3,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1
Spanien	+6,6	+15,3	+15,6	+14,5	+14,4		+13,1	+12,0	+11,0		+12,1	+12,9	
Japan	+5,7	+ 9,0	+ 8,0	+ 4,9	+ 2,7		+ 2,1	+ 2,2	+ 1,3		+ 1,4	+ 2,2	
Kanada	+2,7	+ 8,0	+10,1	+12,5	+10,8	+ 5,8	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,3	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,2	+ 4,5
USA	+2,7	+ 7,8	+13,5	+10,4	+ 6,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,8

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen; die aktuellsten Zahlen sind teilweise vorläufige Werte.

¹⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

²⁾ vierteljährliche Erhebung

**Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1983
mit der Jahresprojektion der Bundesregierung**

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	- 1 ¹ / ₂ bis - 2	- 1,7
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(rd. 9 ¹ / ₂)	(9,1)
B ²⁾	(rd. 8 ¹ / ₂)	(8,1)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- rd. 1 ¹ / ₂	- 0,2
In Preisen von 1976 (real)		
Bruttosozialprodukt	rd. 0	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	rd. 0	+ 1,0
BIP je Erwerbstätigen	+ 1 ¹ / ₂ bis + 2	+ 2,7
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 2 bis + 2 ¹ / ₂	+ 2,9
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 2 bis + 3	+ 4,0
Staatsverbrauch	+ 2 ¹ / ₂ bis + 3 ¹ / ₂	+ 2,3
Anlageinvestitionen	+ 3 ¹ / ₂ bis + 4 ¹ / ₂	+ 4,1
darunter: Öffentliche Investitionen	- 2 bis - 3	- 6,7
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+ 6 ¹ / ₂ bis + 10 ¹ / ₂) ³⁾	(+20,2)
Inlandsnachfrage	+ 2 ¹ / ₂ bis + 3 ¹ / ₂	+ 4,5
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(+ 42 bis + 46) ³⁾	(+39,7)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	(2 bis 2 ¹ / ₂)	(2,4)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ rd. 3 ¹ / ₂	+ 4,5
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 4	+ 3,0
Inlandsnachfrage	+ rd. 3 ¹ / ₂	+ 2,6
Bruttosozialprodukt	+ rd. 3 ¹ / ₂	+ 3,2
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+ 2 ¹ / ₂ bis + 3 ¹ / ₂	+ 4,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		
Summe	+ 5 bis + 6	+11,9
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 1 ¹ / ₂ bis + 2 ¹ / ₂	+ 1,5
Nachrichtlich:		
Bruttolohn- und -gehaltssumme		
je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 3 ¹ / ₂	+ 3,3
Sparquote	(rd. 12 ¹ / ₂) ³⁾	(11,7)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen

²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1982

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1984

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1983

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung)

	Jahres- projektion der Bundes- regierung	Tatsäch- liche Entwick- lung ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	+ 3 bis + 4	+ 4,6
Sozialbeiträge ²⁾	+ 3 bis + 4	+ 2,2
Sonstige Einnahmen	+ 3 bis + 4	+ 5,9
Einnahmen insgesamt	+ 3 bis + 4	+ 3,8
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 2 1/2 bis + 3 1/2	+ 2,3
Einkommens- und Vermö- gensübertragungen ³⁾	+ 4 bis + 5	+ 4,3
Investitionen	- 2 bis - 3	- 6,7
Ausgaben insgesamt	+ 3 bis + 4	+ 2,8
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	- 55 bis - 59 ⁴⁾	- 49,6

¹⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

²⁾ Einschließlich Zinsen

³⁾ Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1982

⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1984

B. Jahresprojektion 1984

8. Die Ausgangsbedingungen für 1984 sind erheblich günstiger als in den Jahren zuvor. Im Gegensatz zu den drei vorangegangenen Jahren ging die deutsche Wirtschaft 1984 mit einem positiven Wachstumsüberhang von schätzungsweise ca. 1 v.H. in das neue Jahr (vgl. Ziffer 1). Da die derzeit verfügbaren Informationen darauf hindeuten, daß sich der Anstieg von Nachfrage, Produktion und Einkommen auch in diesem Jahr fortsetzen wird, dürfte das Wachstum des Sozialprodukts im Jahresdurchschnitt merklich höher als im Vorjahr ausfallen.

Dabei darf nicht verkannt werden, daß trotz der Besserung der wirtschaftlichen Lage viele Probleme im Inland und in der Weltwirtschaft noch einer Lösung harren. Zu nennen sind hier die nach wie vor gravierenden strukturellen Schwierigkeiten, denen sich wichtige Wirtschaftszweige gegenübersehen. Weltweit drohen von der Beschäftigungs- und Verschuldungslage vieler Länder immer noch Gefahren für eine störungsfreie Entwicklung des internationalen Handelsaustausches und der Finanzbeziehungen. Die Bedingungen für eine Lösung dieser Probleme haben sich zwar im Zuge der wirtschaftlichen Erholung und der gemeinsamen

Anstrengungen der wichtigsten Industrieländer verbessert; gleichwohl könnten hiervon weiterhin dämpfende Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen ausgehen und hierin Risiken für die weitere Entwicklung liegen.

Jede Jahresprojektion hängt stark von den ihr zugrundeliegenden Annahmen und Bedingungen ab. Insofern entspricht sie einer bedingten Prognose der kurzfristig für realisierbar angesehenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Auch eine günstigere oder ungünstigere als die hier projizierte Entwicklung kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Dabei sollte jedoch keinesfalls nur an schwächere Entwicklungen gedacht werden. Die Bundesregierung hält auch ein günstigeres Wachstumsergebnis durchaus für möglich. Dies gilt insbesondere dann, wenn die weltwirtschaftlichen Risiken weiter eingegrenzt werden können, die Auslandsnachfrage sich noch kräftiger als vorausgeschätzt entwickelt und sich die Zinssenkungstendenzen am Kapitalmarkt wieder durchsetzen.

In der Jahresprojektion wird davon ausgegangen, daß sich — wie allgemein erwartet — die konjunkturelle Belebung in Kanada und den USA fortsetzt und in diesem Jahr verstärkt auf westeuropäische Staaten und Entwicklungsländer übergreift. Sie setzt außerdem voraus, daß es gelingt, die vielfältigen Tendenzen zu protektionistischen Eingriffen, die einen wachstumsfördernden, offenen Welthandel behindern, unter Kontrolle zu halten. Zur Aufrechterhaltung und das Funktionieren des internationalen Finanzsystems im Zusammenhang mit der Verschuldung vieler Länder wird ferner unterstellt, daß es den internationalen Gremien sowie den Zentral- und Geschäftsbanken wie bisher gelingt, die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte fraktionslos aufrechtzuerhalten. Hinsichtlich der Rohstoff- und Ölversorgung sind z. Z. keine Beeinträchtigungen absehbar; es wird damit gerechnet, daß von der Preisentwicklung für diese Güter keine negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen ausgehen werden. Hinsichtlich der Wechselkursentwicklung wurden real unveränderte Paritäten angenommen.

Bei den binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde insbesondere unterstellt, daß sich die öffentlichen Ausgaben den Planansätzen entsprechend entwickeln. Ferner wurde davon ausgegangen, daß es im Rahmen der laufenden und noch bevorstehenden Verhandlungen zwischen den Tarifvertragsparteien zu keinen den Wirtschaftsablauf beeinträchtigenden gravierenden Auseinandersetzungen kommt.

9. Während die Erholung der Produktionstätigkeit im Vorjahr ausschließlich durch einen Anstieg der Inlandsnachfrage erzielt wurde — vom Außenbeitrag (Ausfuhr abzüglich Einfuhr von Waren und Dienstleistungen) gingen real sogar erhebliche kontraktive Wirkungen auf das Sozialproduktswachstum aus — sind nach den derzeit verfügbaren Informationen für 1984 wieder positive Effekte von der Auslandsnachfrage zu erwarten. So rechnet z. B. die OECD mit einer Beschleunigung des gesamtwirt-

schaftlichen Wachstums in den Industrieländern auf $3\frac{1}{2}$ v. H. Anders als im Vorjahr sind somit auch die Aussichten für ein fühlbares Wachstum des Welthandels und damit auch der deutschen Exportmärkte als günstig zu bezeichnen. Zwar gehen auch für dieses Jahr die Schätzungen verschiedener Stellen für das zukünftige Wachstum des Welthandels stark auseinander, im Gegensatz zur jüngeren Vergangenheit werden jedoch durchweg wieder deutlich positive Zuwachsraten — meistens zwischen 3 und 5 v. H. — für den internationalen Warenaustausch erwartet. Das OECD-Sekretariat setzt dabei mit einem Importanstieg der westlichen Industrieländer für verarbeitete Erzeugnisse um 7 v. H. die positivste Schätzung. An einer Belebung des Welthandels dürfte auch die deutsche Exportwirtschaft stark partizipieren, wie bereits die Auftragsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1983 gezeigt hat. Das gilt insbesondere, wenn sich jetzt auch im Hauptabsatzgebiet Westeuropa die Erholungstendenzen klarer durchsetzen und darüber hinaus weltweit die Investitionsnachfrage wieder anzieht. Angesichts der deutschen Exportpalette wird dadurch die Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland günstig beeinflusst. Insgesamt hat sich die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten in letzter Zeit eher verbessert. Daran dürfte sich auch im Laufe dieses Jahres wenig ändern, wenn man für den weiteren Verlauf von einer Konstanz der realen Wechselkurse ausgeht, wie dies in der Jahresprojektion geschehen ist. Unter diesen Bedingungen dürften die erreichten Marktanteile zumindest gehalten werden. Bei wieder leicht steigenden Dienstleistungseinnahmen und unter Berücksichtigung gegenüber dem Vorjahr etwas anziehender Exportpreise geht die Jahresprojektion 1984 bei einer realen Ausweitung der deutschen Exportmärkte um 4 bis 5 v. H. von einer

nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 7 bis 8 v. H.

(nach Konstanz im Vorjahr) aus.

10. Von einer Belebung der Ausfuertätigkeit dürfte auch eine positive Ausstrahlung auf die Investitionsneigung der Unternehmen ausgehen, zumal sich die Investitionsbedingungen im letzten Jahr deutlich verbessert haben und weitere investitionsfördernde Steuererleichterungen Anfang 1984 in Kraft getreten sind. In weiten Teilbereichen der Wirtschaft ist es inzwischen zu einer beachtlichen Ertragsverbesserung gekommen, die erfahrungsgemäß mit gewisser zeitlicher Verzögerung auch zu einer weiteren Belebung der Investitionstätigkeit führen dürfte. Dabei könnten nicht zuletzt wegen der in vielen Wirtschaftszweigen gestiegenen Kapazitätsauslastung beschäftigungswirksame Erweiterungsinvestitionen wieder mehr in den Vordergrund treten; freilich dürfte das wesentliche Investitionsmotiv weiterhin noch in der Rationalisierung der Produktionsabläufe liegen, wie Unternehmensbefragungen zeigen.

Durch das gegenüber dem hohen Stand 1982 niedrigere Zinsniveau ist die Rentabilitätsschwelle von Sachinvestitionen heute wieder erhöht. Das Rendi-

teverhältnis zwischen Sach- und Finanzanlagen hat sich 1983 wieder zugunsten der Investitionen in Sachkapital verschoben. Je besser sich diese Relation in Gestalt weiter steigender Unternehmenserträge und sinkender Kapitalmarktzinsen entwickelt, um so mehr wird zunehmende Nachfrage sich auch in erhöhten Investitionen widerspiegeln. Erfahrungsgemäß werden Investitionspläne dann rasch nach oben revidiert, wenn die eingetretene Verbesserung der Ertragsentwicklung und der Absatzerwartungen als dauerhaft angesehen wird. Die deutliche Klirnaufhellung in der Wirtschaft spricht dafür, daß dies auch in der jetzigen Situation der Fall sein könnte. Kräftige Impulse dürften im übrigen von den gewerblichen Bauinvestitionen ausgehen, für die Ende dieses Jahres die Fertigstellungsfrist für die Erlangung der Investitionszulage ausläuft. *Ausrüstungs- und gewerbliche Bauinvestitionen* dürften sich unter diesen Bedingungen real in der Größenordnung um 5 v. H. und damit deutlicher als im Vorjahr ausweiten.

Wie bereits im Vorjahr werden auch 1984 die *Wohnungsbauinvestitionen* voraussichtlich am stärksten expandieren. Die Voraussetzungen hierfür wurden durch die wohnungsbaufördernden Maßnahmen der Bundesregierung und die relativ günstigen Finanzierungskonditionen geschaffen. Nachdem sich die Nachfrage in diesem Bereich zuletzt auf einem beachtlich erhöhten Niveau stabilisiert zu haben scheint, wird der hiervon ausgehende Produktionseffekt mit voraussichtlich 7 bis 8 v. H. noch kräftiger als 1983 ausfallen.

Nach den deutlichen Konsolidierungsfortschritten, insbesondere bei den Gemeinden, wird auch bei den *öffentlichen Investitionen* nach ihrem erheblichen Rückgang in den letzten drei Jahren wieder mit einer leichten realen Ausweitung gerechnet. Hierauf deuten insbesondere die in letzter Zeit wieder gestiegenen Tiefbauaufträge hin. Eine solche Entwicklung entspricht der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung angestrebten Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zu mehr investiven Ausgaben.

Diese Annahmen über die realen Anlageinvestitionen von Unternehmen, im Wohnungsbau und im öffentlichen Bereich entsprechen unter Berücksichtigung des erwarteten Preisanstiegs in der Jahresprojektion einem

nominalen Anstieg der Anlageinvestitionen von 8 bis 9 v. H.

(nach 4,1 v. H. im Vorjahr).

Der *Lageraufbau* im vergangenen Jahr dürfte hauptsächlich auf Rohstoffe und Vorprodukte entfallen sein. Angesichts der verbesserten Absatzaussichten und der zunehmenden Produktionstätigkeit wird sich der Lageraufbau auch 1984 voraussichtlich weiter verstärken, wobei das Schwergewicht vermutlich mehr bei im laufenden Produktionsprozeß befindlichen Gütern und bei Fertigwaren liegen wird. Wegen des üblichen Ablaufmusters der Lagerzyklen dürfte der Wachstumsbeitrag der Vorratsveränderungen jedoch nicht so kräftig wie im Vorjahr ausfallen.

11. Die Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung des Privaten Verbrauchs gehen von einer beschleunigten Zunahme des nominalen verfügbaren Einkommens aus. Im einzelnen wurde für die Bruttolohn- und Gehaltssumme mit rd. $3\frac{1}{2}$ v. H. eine stärkere Ausweitung als im Vorjahr unterstellt, vor allem da der Anstieg dieser Einkommen im Jahresverlauf wieder durch eine zunehmende Beschäftigung gestützt werden dürfte. Andererseits ist im öffentlichen Dienst 1984 mit keinen für den Jahresdurchschnitt ins Gewicht fallenden Einkommenssteigerungen mehr zu rechnen. Wegen des Progressionseffekts bei der Lohnsteuer und überproportional steigender Sozialbeiträge wird die Zunahme der Nettolohn- und Gehaltssumme mit rd. 2 v. H. zwar deutlich geringer ausfallen; dies ist aber mehr als 1983, als sich die Summe der Nettolöhne und -gehälter kaum veränderte ($+0,3$ v. H.). Die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen werden im Sozialbereich etwa im Ausmaß des Vorjahres ansteigen ($+2$ bis $+3$ v. H.). Aufgrund der eingetretenen und vermutlich weiteren Ertragsverbesserung dürften jedoch die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen überdurchschnittlich zunehmen. Für das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird daher von einem Anstieg um 3 bis 4 v. H. ausgegangen, der damit merklich die Zunahme des Vorjahres übertreffen würde ($+2,4$ v. H.). Bei der Abschätzung der Entwicklung der Ersparnisbildung wird angesichts der eingetretenen und erwarteten weiteren konjunkturellen Verbesserung sowie der günstigen Preisentwicklung ein erneuter leichter Rückgang unterstellt, nachdem sich die Sparquote bereits im Vorjahr deutlich zurückgebildet hatte. Dabei wird davon ausgegangen, daß von den im Rahmen der Vermögensbildung freiwerdenden Sparbeträgen abwärts ein hoher Anteil zu Konsumzwecken verwendet wird und die gestiegene Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte anhält. Unter diesen Voraussetzungen könnte

der Private Verbrauch nominal um 4 bis 5 v. H.

(nach 4,0 v. H. im Vorjahr) zunehmen.

12. Nach der Verschiebung der Anpassung der Bezüge im öffentlichen Dienst und den Haushaltsplänen der Gebietskörperschaften ist für 1984 nur noch eine geringfügige Zunahme der Personalausgaben des Staates vorgesehen. Für den Sachaufwand, insbesondere die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich, wird nach den derzeit bekannten Planungen und absehbaren Tendenzen dagegen mit einer etwas stärkeren Ausweitung als zuletzt gerechnet. In der Jahresprojektion wird unter diesen Voraussetzungen für

den Staatsverbrauch eine nominale Zunahme um 2 bis $2\frac{1}{2}$ v. H.

(nach 2,3 v. H. im Vorjahr) erwartet.

13. Die Annahmen für die Entwicklung von Ausfuhr und Inlandsnachfrage ergeben für die gesamte Güterverwendung im Jahresdurchschnitt einen nominalen Anstieg von $3\frac{1}{2}$ bis 6 v. H., der damit erheblich stärker als im Vorjahr ($3,4$ v. H.) ausfällt. Dies dürfte auch zu einer deutlichen Expansion der

Einführen führen. Bei wieder steigenden Dienstleistungsausgaben und im Jahresdurchschnitt wieder anziehenden Einfuhrpreisen könnte die Zunahme der Einführen mit 7 bis 8 v. H. spürbar über die Ausweitung der volkswirtschaftlichen Endnachfrage hinausgehen.

Daraus ergibt sich ein

nominaler Außenbeitrag in der Größenordnung von + 42 bis 46 Mrd. DM

(nach + 39,7 Mrd. DM im Vorjahr). Hinter diesem Saldo im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland steht nach den Annahmen der Jahresprojektion ein wieder steigender Überschuß in konstanten Preisen. Andererseits wird eine leichte Verschlechterung der terms of trade, also ein etwas stärkerer Anstieg der Einfuhr- als der Ausfuhrpreise erwartet, der im wesentlichen bereits durch die Entwicklung bis Ende des letzten Jahres vorgegeben ist, weil die Einfuhrpreise — teilweise wechselkursbedingt — wieder verstärkt anziehen.

Insgesamt würde sich damit im Jahresdurchschnitt ein

Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von rd. $5\frac{1}{2}$ v. H.

(nach 4,5 v. H. im Vorjahr) ergeben.

14. Trotz dieser wieder stärkeren Dynamik bei Nachfrage und Produktion dürfte die Preisentwicklung angesichts des weiterhin erwarteten geringen Kostenanstiegs gedämpft bleiben. Dabei wurde bereits in Rechnung gestellt, daß sich bei den Einfuhrpreisen nach ihrem zeitweiligen Rückgang im Vorjahr bei verstärkt anziehender Weltkonjunktur höhere Rohstoffpreisnotierungen abzeichnen dürften. Von der weiteren Wechselkursentwicklung, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, wird es abhängen, wieviel sich hiervon in den Einfuhrpreisen niederschlagen wird. Die hier getroffenen Annahmen sind angesichts der auf den Devisenmärkten vorherrschenden Tendenzen besonders unsicher, wie die Entwicklung in den letzten drei Jahren gezeigt hat.

Bei den Verbraucherpreisen war der Überhang am Jahresende 1983 mit saisonbereinigt $1\frac{1}{2}$ v. H. geringer als in den Vorjahren. Auch für den Jahresverlauf scheint die Erwartung einer anhaltend ruhigen Preisentwicklung gerechtfertigt zu sein. Dieses Urteil wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß es in den Frühjahrsmonaten voraussichtlich vorübergehend wieder zu höheren Vorjahresabständen kommt. Diese sind die Folge des zeitweiligen, vor allem Ölpreisbedingten Preisrückgangs im Vorjahr und der Anhebung der Mehrwertsteuer zur Mitte des Jahres 1983 (Basisseffekt). Insgesamt dürfte der

Anstieg der Verbraucherpreise 1984 auf rd. 3 v. H.

und somit auf die gleiche Rate wie im Vorjahr begrenzt bleiben; dies entspricht auch der zuletzt beobachteten laufenden Preisentwicklung.

Bei der gesamten inländischen Güterverwendung und beim Bruttosozialprodukt gehen die Annah-

men der Jahresprojektion von einem *Preisanstieg* um ebenfalls rd. 3 v. H. im Jahresdurchschnitt aus.

15. Aus der erwarteten Entwicklung des nominalen Sozialprodukts bei den oben dargelegten Annahmen über die Preisentwicklung ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1984

real ein Wachstum des Bruttosozialprodukts von rd. 2 1/2 v. H.

Bei einer geschätzten Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials um 1 1/2 v. H. bis 2 v. H. würde sich damit nicht nur im Jahresverlauf, sondern auch im Jahresdurchschnitt wieder eine höhere Auslastung des gesamten volkswirtschaftlichen Produktionsapparates ergeben.

Wie in Erholungsphasen der gesamtwirtschaftlichen Produktion üblich, geht das Wachstum zunächst mit einem überproportionalen Anstieg der Produktivität einher, wie er auch im Verlauf der ersten Hälfte des Vorjahres beobachtet werden konnte. Nach dieser Anfangsreaktion schwächt sich die Produktivitätszunahme erfahrungsgemäß wieder etwas ab, so daß es bei anhaltender Produktionsausweitung per Saldo dann zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Arbeitskräften kommt. Für die Arbeitsproduktivität (hier: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) wird bei der erwarteten Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion von einem Anstieg um 2 bis 2 1/2 v. H. ausgegangen. Hinsichtlich des gesamten Beschäftigungsstandes wird also mit einem geringen Anstieg, mindestens aber etwa mit dem gleichen jahresdurchschnittlichen Niveau wie 1983 gerechnet, was angesichts des vorjährigen Rückgangs für dieses Jahr eine deutlichere Ausweitung der Beschäftigung im Jahresverlauf bedeutet.

Angesichts der auf den veralteten Grundlagen der Volkszählung von 1970 aufbauenden Modellrechnungen über die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind die Vorausberechnungen über das zukünftige Erwerbspersonenangebot offensichtlich stark fehlerbehaftet, wobei die Daten über die Zugänge von schulentlassenen Jugendlichen in das Erwerbsleben noch einigermaßen verläßlich sind. Für die Quantifizierung der voraussichtlichen Arbeitslosigkeit ergeben sich daraus zunehmende Unsicherheiten. Auch in diesem Jahr ist mit einem aus demographischen Gründen zunehmenden Arbeitskräfteangebot aufgrund des Übergangs vom Schul- und Ausbildungssystem in das Erwerbsleben zu rechnen. Andererseits könnte sich die in letzter Zeit deutlich rückläufige Zahl ausländischer Arbeitskräfte weiter vermindern, und auch die Erwerbsquote insbesondere älterer Arbeitnehmer könnte niedriger ausfallen. Insgesamt wird in der Jahresprojektion nach einem leichten Rückgang der Erwerbspersonen (Erwerbstätige zzgl. Arbeitslose) im Vorjahr bei im Verlauf wieder steigender Arbeitskräftenachfrage von einer etwa unveränderten Zahl aller Erwerbspersonen ausgegangen, so daß

die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1984 etwas unter 9 v. H. der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. knapp 8 v. H. aller Erwerbspersonen betragen würde.

Damit würde die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt erstmals nach vier Jahren nicht mehr ansteigen. Am Jahresende 1984 dürfte sie sogar wieder deutlich unter dem Niveau von Dezember 1983 liegen, das bereits gegenüber dem bisherigen Höchststand saisonbereinigt einen Rückgang bedeutete.

16. Die Stärke der Exportentwicklung, das Ausmaß der weiteren Investitionstätigkeit und damit die künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten stehen in engem Zusammenhang mit der Verteilung des zur Verfügung stehenden Volkseinkommens. Aus den Annahmen der Jahresprojektion ergibt sich hierfür ein Anstieg um 4 1/2 v. H. bis 5 1/2 v. H. Sicherung und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze erfordern weiterhin verbesserte Erträge und Ertragsaussichten. Die Jahresprojektion geht davon aus, daß der erwartete Verteilungsspielraum nicht durch gravierende Auseinandersetzungen der Tarifvertragsparteien um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit beeinträchtigt wird. Unter diesen Annahmen wird ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten um 3 1/2 v. H. für wahrscheinlich gehalten. Bei im Jahresdurchschnitt nicht mehr abnehmender Beschäftigung würde dies unter Einschluß höherer Sozialbeiträge der Arbeitgeber eine

Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um rd. 3 1/2 v. H. bis 4 v. H.

(nach +1,5 v. H. im Vorjahr) bedeuten.

Daraus ergibt sich für die in der volkswirtschaftlichen Kreislaufrechnung als Rest ermittelten

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ein Anstieg um 7 bis 9 v. H.

(nach +11,9 v. H. im Vorjahr). Die um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote am Volkseinkommen würde danach nochmals um knapp 1 v. H.-Punkt zurückgehen. Sie läge damit um 1 1/2 v. H. bis 2 v. H.-Punkte unter dem Durchschnitt der 70er und noch knapp 1 v. H.-Punkt über dem Durchschnitt der 60er Jahre.

17. Für die Ausgaben der Gebietskörperschaften und im Sozialversicherungsbereich ist nach den vorliegenden Haushaltsplanungen und -ansätzen eine Zunahme um 2 1/2 v. H. bis 3 1/2 v. H. zu erwarten. Dieser Anstieg bleibt entsprechend den Konsolidierungserfordernissen deutlich hinter der Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts zurück. Für die Ausgaben der Gebietskörperschaften ist dabei mit einer unterproportionalen Ausweitung zu rechnen. Unter den einzelnen großen Ausgabenkategorien zeichnet sich eine unterdurchschnittliche Zunahme des Staatsverbrauchs ab, während die Ausweitung der Einkommens- und Vermögensübertragungen (einschließlich Zinsen) etwa dem Anstieg des gesamten Ausgabenrahmens entsprechen dürfte. Nach ihrem deutlichen Rückgang in den letzten drei Jahren wird für die öffentlichen Investitionen wieder mit einer leichten Zunahme gerechnet.

Der Anstieg der Gesamteinnahmen wird mit 5 bis 6 v. H. voraussichtlich deutlich über die Zunahme

der Ausgaben hinausgehen. Für die Steuern dürfte sich dabei ein Mehraufkommen von $5\frac{1}{2}$ v. H. bis $6\frac{1}{2}$ v. H. und für die Sozialbeiträge, aufgrund der in Kraft getretenen Erhöhung der Einnahmenbasis sowie eines etwas deutlicheren Anstiegs der Lohn- und Gehaltssumme, von 5 bis 6 v. H. abzeichnen. Für die weniger ins Gewicht fallenden übrigen Einnahmen wird dagegen nur eine geringfügige Zunahme erwartet, wobei der dem Bundeshaushalt zufließende Bundesbankgewinn nahezu so hoch wie im Vorjahr angesetzt wurde.

Aus dieser unterschiedlichen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich erneut ein deutlicher Abbau des gesamten staatlichen Finanzierungsdefizits (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) auf 30 bis 34 Mrd. DM, nach 49,6 Mrd. DM im Vorjahr. Bei den Gebietskörperschaften geht das Defizit weiter zurück, im Sozialversicherungsbereich ergibt sich wieder ein Überschuß. Das der Jahresprojektion zugrunde

liegende Gesamtdefizit des Staates würde damit knapp 2 v. H. des Bruttosozialprodukts (nach rd. 3 v. H. im Vorjahr) entsprechen. Dieser Anteil hat seit 1975 immer höher gelegen.

18. In der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung ergibt sich neben dieser deutlich niedrigeren staatlichen Kreditaufnahme — bei einem nur geringfügig ausgeweiteten Forderungsaufbau gegenüber dem Ausland — eine nochmals leicht abnehmende Geldvermögensbildung der privaten Haushalte. Insgesamt stehen nach den Annahmen der Jahresprojektion für den Unternehmenssektor (einschließlich Wohnungswirtschaft) auch wegen der Rückführung des Staatsdefizits dennoch erhöhte Fremdfinanzierungsmittel zur Verfügung. Bei weiterhin kräftig ansteigenden Eigenmitteln (Abschreibungen, Vermögensübertragungen und nicht entnommene Gewinne) sind daher deutlich steigende Bruttoinvestitionen finanzierbar.

**Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1980 bis 1983
und Eckwerte der Jahresprojektion 1984**

	1980	1981 ¹⁾	1982 ²⁾	1983 ⁴⁾	1984 ⁵⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	+ 1,0	- 0,8	- 1,9	- 1,7	0
Arbeitslosenquote in % A ¹⁾	(3,8)	(5,5)	(7,5)	(9,1)	(knapp 9)
B ²⁾	(3,3)	(4,7)	(6,7)	(8,1)	(knapp 8)
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 0,2	0 bis -1/2
In Preisen von 1976 (real)					
Bruttosozialprodukt	+ 1,9	- 0,3	- 1,1	+ 1,2	+ rd. 2 1/2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 1,8	- 0,1	- 1,0	+ 1,0	+ rd. 2 1/2
BIP je Erwerbstätigen	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 2,7	+2 bis +2 1/2
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,9	+ rd. 2 1/2
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 7,0	+ 4,7	+ 2,9	+ 4,0	+4 bis +5
Staatsverbrauch	+ 8,9	+ 6,8	+ 2,2	+ 2,3	+2 bis +2 1/2
Anlageinvestitionen	+10,9	+ 0,1	- 3,1	+ 4,1	+8 bis +9
darunter: Öffentliche Investitionen	+11,3	- 5,3	- 8,7	- 6,7	+3 bis +5
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+18,9)	(- 0,1)	(+ 7,2)	(+20,2)	(+22 bis +26)
Inlandsnachfrage	+ 7,6	+ 2,8	+ 2,0	+ 4,5	+4 1/2 bis +5 1/2
Außenbeitrag					
Mrd. DM	(- 3,1)	(+13,0)	(+38,0)	(+39,7)	(+42 bis +46)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	(-0,2)	(0,8)	(2,4)	(2,4)	(rd. 2 1/2)
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 6,5	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,5	+ rd. 5 1/2
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,3	+ 3,0	+ rd. 3
Inlandsnachfrage	+ 6,0	+ 5,4	+ 4,2	+ 2,6	+ rd. 3
Bruttosozialprodukt	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,8	+ 3,2	+ rd. 3
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+ 5,7	+ 3,1	+ 3,3	+ 4,2	+4 1/2 bis +5 1/2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Summe)	- 0,9	- 1,2	+ 6,2	+11,9	+7 bis +9
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 8,4	+ 4,7	+ 2,3	+ 1,5	+3 1/2 bis +4
Nachrichtlich:					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 6,6	+ 4,9	+ 4,2	+ 3,3	+ rd. 3 1/2
Sparquote	(12,8)	(13,6)	(13,0)	(11,7)	(rd. 11)

¹⁾ Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen²⁾ Bezogen auf alle Erwerbspersonen³⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes⁴⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1984⁵⁾ Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1980	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1984 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Einnahmen					
Steuern	+ 6,4	+ 1,4	+ 2,3	+ 4,6	+5½ bis +6½
Sozialbeiträge ⁴⁾	+ 8,1	+ 8,3	+ 5,9	+ 2,2	+5 bis +6
Sonstige Einnahmen	+ 9,0	+ 9,2	+17,3	+ 5,9	+1 bis +2
Einnahmen insgesamt	+ 7,2	+ 4,5	+ 4,8	+ 3,8	+5 bis +6
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 8,9	+ 6,8	+ 2,2	+ 2,3	+2 bis +2½
Einkommens- und Vermögens- übertragungen ⁵⁾	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,8	+ 4,3	+2½ bis +3½
Investitionen	+12,3	- 5,8	- 9,1	- 6,7	+3 bis +5
Ausgaben insgesamt	+ 8,1	+ 6,0	+ 3,8	+ 2,8	+2½ bis +3½
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	-46,7	-59,7	-55,3	-49,6	-30 bis -34

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes

²⁾ Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1984

³⁾ Jahresprojektion

⁴⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

⁵⁾ Einschließlich Zinsen

16.03.84

Beschluß

des Bundesrates

zum

Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 533. Sitzung am 16. März 1984
beschlossen, zu dem

Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und zu dem

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

wie aus der Anlage ersichtlich Stellung zu nehmen.

Anlage

Stellungnahme

ZUM

Jahresgutachten 1983/84 des Sachverständigenrates zur
Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

und zum

Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung

1. Der Bundesrat teilt die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage durch Bundesregierung und Sachverständigenrat und geht davon aus, daß sich die wirtschaftliche Erholung, getragen von einer verstärkten Investitions- und Exporttätigkeit, 1984 fortsetzt. Er bekräftigt mit Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vordringliches Ziel der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik bleiben muß. Dazu sind die Investitions- und Wachstumsbedingungen durch eine Politik, die sich an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert, konsequent weiter zu verbessern.

2. Der Bundesrat begrüßt den klaren marktwirtschaftlichen Kurs, wie er im Jahreswirtschaftsbericht 1984 vertreten wird und wie er etwa in einem eindeutigen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, in einem Eintreten für größere unternehmerische Freiräume, in der Betonung der unternehmerischen Eigenverantwortung im Innovationsprozeß, aber auch in der Befürwortung eines Ausbaus des europäischen Binnenmarktes und dem Eintreten für eine Sicherung des freien Welthandels zum Ausdruck kommt.
3. Die von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht angekündigten Handlungsschwerpunkte für 1984 - Fortsetzung der soliden, wachstumsfreundlichen Haushaltspolitik, Privatisierung öffentlicher Beteiligungen und Dienstleistungen, Abbau bürokratischer Hemmnisse, Förderung der Bildung von mehr Risikokapital, Ausbau der Vermögensbildung, beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik sowie Verbesserung der Chancen für Jugendliche in Ausbildung und Beruf - finden die Unterstützung des Bundesrates.
4. Der Bundesrat ist jedoch der Auffassung, daß die Vorstellungen und Maßnahmen der Bundesregierung zu folgenden Themenbereichen noch näher konkretisiert werden sollten: Abbau von Subventionen, zweite Stufe des Ausbaus der Vermögensbildung, Förderung von Existenzgründungen und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeit.
- 5.* Der Bundesrat ist mit der Bundesregierung der Auffassung, daß die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte im Einklang mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen stetig und nachhaltig verringert werden muß. Er stimmt daher mit der Bundesregierung und dem Finanzplanungsrat in dem Ziel überein, den jährlichen Zuwachs der Ausgaben in den öffentlichen Haushalten und Finanzplänen an einer Größenordnung von 3 v.H. zu orientieren.

*Dieser Teil der Stellungnahme bezieht sich nur auf den Jahreswirtschaftsbericht.

6. Der Bundesrat sieht ebenso wie Bundesregierung und Sachverständigenrat keinen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. ~~Staatliche~~ Ausgabenprogramme - wie sie trotz aller negativen Erfahrungen von verschiedenen Seiten immer wieder gefordert werden - würden die weitere wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen.
- 7.* Auch der Bundesrat ist der Auffassung, daß den steuerlichen Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 eine allgemeine Senkung der Besteuerung des Einkommenszuwachses folgen muß, sobald der Konsolidierungsprozeß der öffentlichen Haushalte dies zuläßt. Dabei kommt einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs besondere Bedeutung zu.
8. Der Bundesrat warnt vor konjunkturbelastenden Arbeitskämpfen. Er unterstreicht mit Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu Lasten der Arbeitsplätze ernstlich gefährden müßte. Gleichzeitig tritt er für neue flexiblere Formen der Tages-, Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit ein, die den individuellen Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer, aber auch den veränderten Anforderungen der Betriebe Rechnung tragen können.
9. Auch der Bundesrat mißt der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit größte Bedeutung bei. Er dankt den Betrieben und Unternehmen für ihre bisherige Ausbildungsleistung und appelliert an die Wirtschaft, auch 1984 alle Anstrengungen zu unternehmen, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

*Dieser Teil der Stellungnahme bezieht sich nur auf den Jahreswirtschaftsbericht.

10. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die Verfügbarkeit von Risikokapital eine wichtige Voraussetzung für den Innovationsprozeß in der Wirtschaft und die Einführung moderner, zukunftsorientierter Technologien ist. Er hält es deshalb für erforderlich, die z. Z. geltenden Rahmenbedingungen z. B. im Bereich des Steuer- und Börsenrechts daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit Erleichterungen notwendig und zweckmäßig erscheinen.